

1F 2824 F

darmstädter studenten zeitung

DM 0,60

Hochschulangehörige
DM 0,30

November 1970
18. Jahrgang

Nr. 115

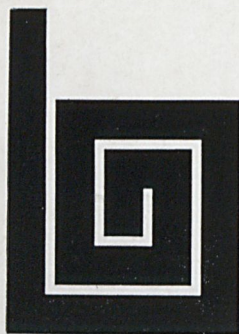
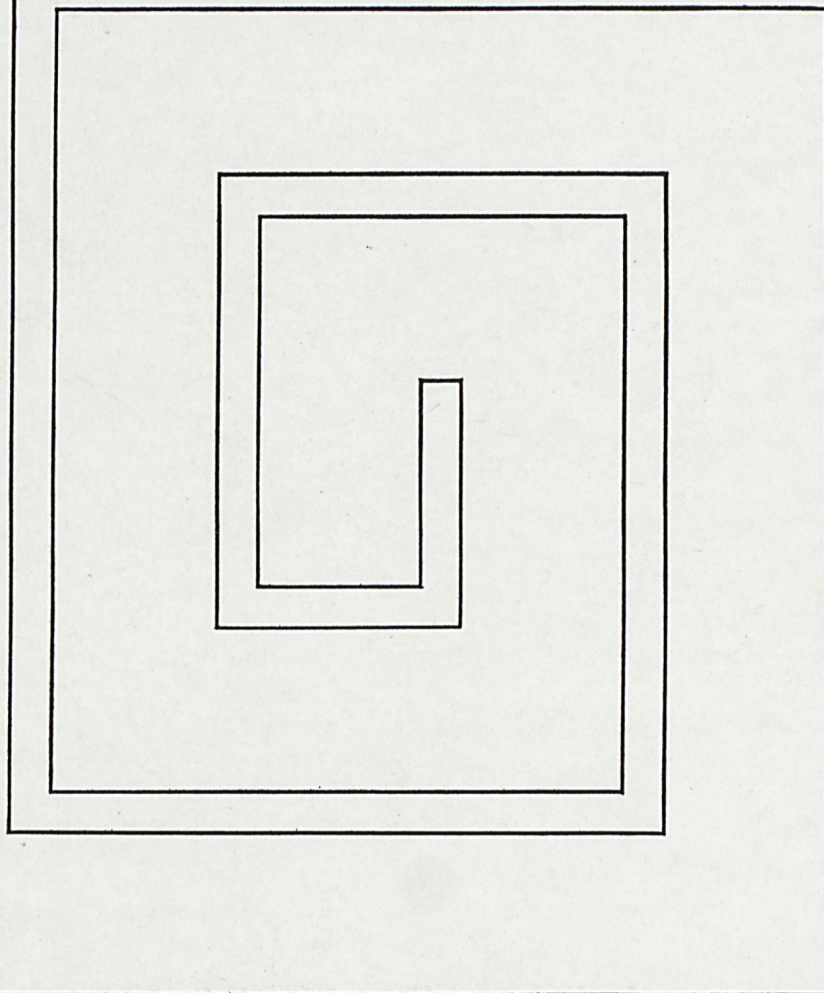


**Die Letzten
beißen die Hunde**

**Berg und Maus
wohlauf**

**Entwicklungshilfe
und
Neokolonialismus**

Proteste Radikalisierung Gewalt



Weil Lehrlinge ausgebeutet werden, unsere Schulen, Hochschulen, Universitäten veraltet sind? Einrichtungen einer Welt von gestern entsprechen nicht immer den Erfordernissen unserer Zeit. Von ihnen hängt aber Ihre Zukunft ab. Welche Möglichkeiten haben Sie, um zu verändern — zu reformieren? Proteste allein sind Halbheiten! Unsere Orientierungshilfen zeigen Ihnen, wo und wie Sie auf politische Entscheidungen in Ihrem Sinne wirkungsvoller Einfluß nehmen können. Schreiben Sie uns, fragen Sie uns zu Problemen unserer Zeit. Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn, Berliner Freiheit 7

Bundeszentrale für politische Bildung

Inhalt

- 2 **Die Letzten beißen die Hunde**
Das Land verweigert höhere Zuschüsse zum Studentenwerk
- 6 **Hickhack um die Fachbereiche**
Persönliche Beziehungen wichtiger als Sachfragen
- 7 **Leussinks dritter Anlauf**
Die Maschen des Hochschulrahmengesetzes werden immer enger
- 10 **Kein Grund zum Jubeln**
Studentenkritik vergrämt Festgäste
- 12 **Warum die Wahrheit fürchten?**
Erzbischof warnt vor Neokolonialismus durch Entwicklungshilfe
- 15 **Heiliger Krieg oder Klassenkampf?**
Palästinenser zwischen westlichem und östlichem Imperialismus
- 18 **„Diese Meinung ist falsch!“**
Wahlleiter Engel übergibt Wahlberechtigte
- 19 **Gravierende Lage**
Streik an der AfE Gießen
- 20 **minimarkt**
- 21 **Berg und Maus wohlauf**
Bildungsrat legt Strukturplan vor
- 23 **Betr.: Wohnen**
Leserbrief



Kein Grund zum Jubeln

Marx-Zitate und Gesellschaftskritik verschreckten die Aachener Festgäste (S. 10)

Die „darmstädter studentenzeitung“ erscheint zweimal im Vierteljahr. Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts) 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 16 25 17.

Verantwortlich: Martin Burgheim

Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30; Jahresabonnement incl. Postzeitungsversand DM 6,00 (Ausland DM 7,70). Konto: Dresdner Bank Darmstadt 31240. Anzeigen: Jan Kettmann, 61 Darmstadt, Rheinstraße 67, Tel. 8 55 43. Konten: Stadtparkasse Darmstadt 10000 335, Postscheckamt Ffm 80597.

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. dpa Bilder auf den Seiten 4, 13, 14

Beilagenhinweis

Einem Teil dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des dsr – Deutscher Studenten-Reisedienst – bei. Wir bitten um freundliche Beachtung!

Das Papier für den Innenteil ist eine Spende der Firma E. Holtzmann & Cie. AG, Weisenbachfabrik.

Für den Umschlag wurde holzfrei Windmühle Original Kunstdruckpapier verwendet, es ist eine Spende der Papierfabrik August Köhler.

Bilder auf den Seiten 1, 10, 12, 15, 18 dpa.

darmstädter
studenten
zeitung

Nr. 115

Die Letzten beißen die Hunde

Das Land verweigert höhere Zuschüsse zum Studentenwerk

„... Auch wir sehen uns außerstande, bei der herrschenden sozialen Lage der Studenten in den genannten Bereichen (Mensen, Cafeterias, Erfrischungsräume, Wohnheime) die Preise zu erhöhen.“ Dieser Satz steht in einem Brief vom Dezember 1969 an das Kultusministerium, den auch die beiden Professoren im Darmstädter Studentenwerksvorstand, Hofmann und Wittgen unterzeichnet haben.

Ein halbes Jahr später hatte sich allerdings ihre Meinung über die „soziale Lage der Studenten“ entscheidend geändert. Am 1. 7. 1970 stimmten sie zusammen mit den Personalvertretern des Studentenwerks im Vorstand, Amend und Dehmelt, einer Mieterhöhung von durchschnittlich zehn Mark in den Wohnheimen, einer Erhöhung des Mensapreises von 1,30 DM auf 1,40 DM und einer Steigerung des studentischen Sozialbeitrages von 45,- DM auf 60,- DM zu. Die Studenten im Vorstand, Knaup und Reigrotzki, legten Veto ein, was zur Folge hatte, daß die Preiserhöhungen in der nächsten Vorstandssitzung abgelehnt wurden, denn nun hätten sie einer 5/6-

sichtsbehörde jedoch ließ sich davon nicht anfechten. In seinen „Informationen und Mitteilungen“ Nr. 153/70 vom 28. 8. 70 verkündete es, Staatssekretär Gerhard Moos habe „in Vertretung des Kultusministers das von den Vertretern der Studentenschaft im Vorstand des Studentenwerks Darmstadt eingelegte Veto gegen einen Beschluß des Vorstands, die studentischen Beiträge, Wohnheimmieten und Mensapreise zu erhöhen, aufgehoben“.

Die Studenten im Vorstand erklärten daraufhin den Zeitpunkt der Erhöhungen zur Vorstandssache; das ist ihr satzungsmäßiges Recht. Doch Reißer, Studentenwerksgeschäftsführer, erhöhte in Überschreitung seiner Befugnisse eigenmächtig den Essenspreis zum 5. 10. und kündigte die alten Mietverträge zum 30. 9. 70; gleichzeitig bot er neue Verträge mit den erhöhten Mieten an.

Wohnheimmieten

Die Mieterhöhung ging dann auch recht reibungslos vonstatten. Die meisten Studenten erinnerten sich wohl noch an die

Straße überwiesen zum 1. Oktober noch einmal die alten, niedrigeren Mieten. Sie hatten die Kündigungen mit den neuen Verträgen nicht fristgerecht erhalten.

Mensapreis

Mit mehr Schwierigkeiten war die Erhöhung des Essenspreises verbunden. Offensichtlich hatte man im Studentenwerk ein Flugblatt der bis dahin und seitdem nicht in Erscheinung getretene „Tupamaros Darmstadt“ sehr ernst genommen, das Plünderung, Bomben und Flugzeugentführungen als Antwort auf die Preiserhöhungen angekündigt hatte. Die männlichen Bediensteten des Studentenwerks beobachteten am 5. 10. und den folgenden Tagen aufmerksam Mensafoyer und Studentencafé, während die Damen, zunächst jedenfalls, sich in ihre Zimmer einschlossen.

Aber nur verhältnismäßig wenige Kommilitonen verlangten in der ersten Woche nach der Preiserhöhung an den Ausgabeschaltern der Hauptmensa ihr Essen; allerdings für die alten, weißen Essensmarken zu 1,30 DM, wie es Basisgruppen und AstA in Flugblättern empfohlen hatten. Aber sie bekamen nichts.

Diese Studenten hatten ihre Hoffnungen auf ein Vermittlungsgespräch zwischen professoralen und studentischen Vorstandsmitgliedern gesetzt, das am Montag Nachmittag (12. 10.) stattfand. Es brachte keinen Erfolg. Die Mitglieder des Studentenwerkspersonals im Vorstand waren nicht bereit, sich mit den Studenten an einen Tisch zu setzen. Sie fühlten sich durch den „Mensastreik“ unter Druck gesetzt.

Außerdem hatten sie, wie sich später herausstellte, schon am 6. 10. in einem Schreiben an den Kultusminister gefordert, „die Herren Knaup und Reigrotzki im Interesse des Betriebes und Vermögens des Studentenwerks Darmstadt umgehend abzuverufen“. Ohne das zu begründen, behaupteten sie dort, eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ sei nicht mehr möglich.

Am Dienstag (13. 10.) wollten dann nur noch wenige Studenten, die die Hoffnung noch nicht aufgegeben hatten, das Essen zu 1,30 DM. Sie wurden aber bald von anderen, die jetzt bereit waren, die höheren Preise zu zahlen, beiseite gedrängt. Reißers Aktion „Mensaessen überall!



Geschäftsführer Reißer

Mehrheit bedurft (siehe Auszüge aus Studentenwerksgesetz und -satzung S. 4). Das Kultusministerium als Rechtsauf-

mißglückte Wohngeldkampagne des AstA vom Frühjahr. Lediglich einige Bewohner des Blocks in der Nieder-Ramstädter-

Mahlzeit.“, die per Flugblatt für diesen Tag angekündigt war, brauchte nicht stattzufinden.

Schon in der Woche vorher hatte Reißer einige Versuche unternommen, der „Mensablockade“ den Garaus zu machen. Am Dienstag (6. 10.) teilte er dem AstA mit, daß er dessen Konto beim Studentenwerk „für jeden Ausfalltag in der Mensa belasten“ werde, und zwar mit insgesamt ca. 6000,- DM täglich. Er begründete sein Vorhaben mit „agitatorischen und organisatorischen Maßnahmen“ des AstA in der Mensa.

Als der AstA darauf nicht reagierte, kündigte Reißer zwei Tage später fristlos und rückwirkend die langjährige Vereinbarung, nach der die Abwicklung der Besoldung und Versicherung des Personals der Studentenschaft über das Studentenwerk erfolgte. Am gleichen Tag diskutierte er mittags mit den Studenten im Mensafoyer und versuchte, einige zu bewegen, die Blockade zu durchbrechen: ohne Erfolg.

Gericht muß entscheiden

Am 14. 9. 70 haben die studentischen Vertreter im Vorstand des Studentenwerks beim Verwaltungsgericht Klage eingereicht. Sie richtet sich gegen die Rechtswirksamkeit des Vorstandsbeschlusses vom 1. 7. 1970 (Erhöhung der Preise und Beiträge) mit der Begründung, daß die Personalvertreter bei dieser Abstimmung nicht stimmberechtigt waren, da sie, entgegen den Bestimmungen des Studentenwerksgesetzes nicht vom Vorstand **gewählt** wurden. Wenn das Verwaltungsgericht die Rechtsauffassung der Studenten teilt, wären die Beschlüsse zu den Preis- und Beitragserhöhungen in einem rechtswidrig besetzten Gremium gefaßt worden, könnten also trotz des Kultusministererlasses nicht gültig sein.

Am Freitag (9. 10.) fuhr er in Begleitung der Vorstandsmitglieder Amend und Wittgen nach Wiesbaden. Einen Studenten lud er nicht ein. Das Kultusministerium jedoch wollte keine spektakulären Maßnahmen; es war Wahlkampfzeit. Man



Vorstandsmitglieder Amend und Dehmelt

empfohl Reißer, weiterhin täglich ein Essen anzubieten und sagte die Sicherstellung der Arbeitsplätze und der Besoldung des Personals zu.

Gut eine Woche später, am 20. 10., präsentierte Reißer dem AstA eine Rechnung für „die von Ihnen veranlaßte Blockierung der Mensa-Ausgaben“; dem Studentenwerk sei ein Schaden von 19.644,57 DM entstanden, wovon 3.037,23 DM auf „verstärkten Personaleinsatz zur Sicherung der Ausgaben, der Kasse und als Sicherungsreserve im Falle gewalttätiger Störversuche“ entfallen. Offensichtlich weiß auch Reißer, daß der AstA nie „zur Blockierung der Mensa-Ausgaben“ aufgerufen hat. Denn nicht gegen den AstA, sondern „gegen die uns namentlich bekannten Blockierer“ will er Schadenersatzklage erheben, falls bis zum 15. 11. nicht gezahlt ist.

Sozialbeiträge

Zur Durchsetzung der Erhöhung der Sozialbeiträge sind laut Satzung neben einem Vorstandsbeschuß, den der Kultusminister durch Erlaß herbeigeführt hat, eine Stellungnahme des Senats und das Einvernehmen mit der Studentenschaft notwendig. Am 30. 9. 1970 beauftragte der Kultusminister den Ältestenrat, für die Studentenschaft der TH Stellung zu nehmen, da das Studentenparlament offiziell nicht mehr existiert.

Der Ältestenrat lehnte eine Erhöhung der Beiträge ab und begründete:

- Die Sozialbeiträge gliedern sich in Studentenwerksbeitrag und Krankenversorgungsbeitrag.
- Die Semesterbeiträge für die Studen-

tenwerke betragen in Darmstadt 20,- DM, in Gießen 17,50 DM, in Marburg 15,50 DM, in Frankfurt 11,- DM und im Bundesdurchschnitt 12,79 DM.

- Der Beitrag zur Krankenversorgung beträgt in Darmstadt 25,- DM. Alle Studenten, also auch die, die anderweitig versichert sind, müssen den Beitrag zahlen. In den Studentenwerken, die wie Darmstadt nach diesem genossenschaftlichen Modell versorgen, liegt der mittlere Beitragssatz bei 28,91 DM. Allerdings werden dafür andernorts höhere Leistungen geboten.
- Denn in Darmstadt werden 25% der Beiträge zur Krankenversorgung zweckentfremdet für andere Aufgaben des Studentenwerks verwendet.
- Das heißt: der tatsächliche Studentenwerksbeitrag beläuft sich in Darmstadt auf 26,25 DM pro Semester und Student.

Wenn nun gar dieser Beitrag, wie vom Geschäftsführer Reißer geplant, um weitere 15,- DM aufgestockt wird, müßten die Darmstädter Studenten dreimal mehr bezahlen, als der Bundesdurchschnitt beträgt.

Auch der Essenspreis und die Mieten liegen in Darmstadt vergleichsweise nicht niedriger als an den anderen hessischen Hochschulen. Deshalb kommt der Ältestenrat in seiner Stellungnahme vom 5. 10. 1970 zu dem Schluß:

„Das Land Hessen behauptet (Erlaß H II 4 - 436/21 vom 13. 7. 70), die Beiträge der Studenten zum Studentenwerk seien in Darmstadt niedriger als an den

Fortsetzung S. 5

Auszüge aus Studentenwerksgesetz und -satzung

GESETZ

über die Studentenwerke bei den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen vom 21. März 1962 (Auszug)

§ 1

Die Studentenwerke bei den wissenschaftlichen Hochschulen des Landes sind rechtsfähige Anstalten öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung.

§ 3

(1) Die Studentenwerke sind Selbsthilfeeinrichtungen. Sie fördern die Studenten wirtschaftlich und sorgen für deren Gesundheit.

(2) Die wirtschaftlichen Betriebe der Studentenwerke sind so einzurichten und zu führen, daß die Einnahmen die Gesamtkosten unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit unter Gewinnverzicht decken. Die Studentenwerke haben durch eine Satzung und durch die tatsächliche Geschäftsführung zu gewährleisten, daß ihre wirtschaftlichen Betriebe ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgen.

§ 4

(1) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erheben die Studentenwerke von den Studenten Beiträge. Die Höhe der Beiträge setzt der Vorstand des Studentenwerks fest; sie bedürfen der Genehmigung des Ministers für Erziehung und Volksbildung. Vor der Festsetzung hat der Vorstand des Studentenwerks den Senat der wissenschaftlichen Hochschule zu hören und das Einvernehmen mit der studentischen Selbstverwaltung herzustellen. Die Beiträge werden von den Kassen der wissenschaftlichen Hochschulen eingezogen.

(2) Außerdem dienen den Aufgaben der Studentenwerke Mittel aus

1. Zuschüssen des Landes nach seinem Haushaltsplan,
2. Zuwendungen Dritter,
3. eigene Einnahmen.

§ 7

Die Organe der Studentenwerke sind der Vorstand, der Geschäftsführer, der Beirat.

§ 8

(1) Der Vorstand besteht aus zwei Hochschullehrern, die vom Senat der wissenschaftlichen Hochschule und zwei Studenten, die von der studentischen Selbstverwaltung bestellt werden.

Der Vorstand kann durch höchstens zwei weitere Mitglieder ergänzt werden, die vom Vorstand gewählt und vom Beirat bestätigt werden. Bei den wissenschaftlichen Hochschulen, an denen eine Hochschule für Erziehung errichtet ist, können der Rat der Hochschule für Erziehung und die studentische Selbstverwaltung jeweils ein weiteres Mitglied bestellen.

(2) Der Vorsitzende des Vorstands muß Hochschullehrer sein.

§ 9

Aufgabe des Vorstands ist es, ...
2. die Richtlinien für die Geschäftsführung zu erlassen und ihre Einhaltung durch den Geschäftsführer zu überwachen, ...

Satzung des Studentenwerks Darmstadt vom 8. 6. 70

§ 2 Aufgaben

Das Studentenwerk Darmstadt fördert die Studenten der Technischen Hochschule Darmstadt wirtschaftlich, sorgt für deren Gesundheit und unterstützt die kulturellen Initiativen der Studentenschaft. Der Selbsthilfswille des Studentenwerks findet Ausdruck in seinen wirtschaftlichen Hilfsbetrieben.

§ 3 Gemeinnützigkeit

(1) Das Studentenwerk Darmstadt verfolgt unmittelbar und ausschließlich gemeinnützige Zwecke und verwirklicht diese in seiner tatsächlichen Geschäftsführung.

nützige Zwecke und verwirklicht diese in seiner tatsächlichen Geschäftsführung.

(2) Seine Einrichtungen stehen den Studenten der Technischen Hochschule Darmstadt offen. Der Vorstand erläßt die entsprechenden Benutzungsordnungen.

§ 4 Finanzierung

(1) Die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel erhält das Studentenwerk Darmstadt durch:

- a) Beiträge der Studenten
- b) eigene Einnahmen
- c) Zuwendungen der öffentlichen Hand
- d) Zuwendung Dritter.

(2) Der Vorstand setzt die Höhe der Beiträge der Studenten fest. Zur Änderung der Beitragshöhe faßt er einen vorläufigen Beschluß und teilt ihn dem Senat und der Studentenschaft mit. Senat und Studentenschaft nehmen innerhalb von 4 Wochen hierzu Stellung. Wenn nach Ablauf dieser Frist kein schriftlich begründeter Widerspruch vorliegt, wird Einvernehmen unterstellt; der vorläufige Beschluß des Vorstandes wird damit endgültig. Sodann ist die Genehmigung des Hessischen Kultusministers einzuholen.

§ 7 Zusammensetzung des Vorstandes

(1) der Vorstand besteht aus:

- a) zwei Hochschullehrern, die vom Senat der Technischen Hochschule Darmstadt entsandt werden; einer der Hochschullehrer muß Ordinarius sein
- b) zwei Studenten der Technischen Hochschule Darmstadt, die vom zuständigen Organ der Studentenschaft entsandt werden
- c) zwei Vertretern des Personals des Studentenwerks, die von der Personalversammlung entsandt werden.

(2) Der Vorsitzende des Vorstandes muß Hochschullehrer sein. Er und sein Stellvertreter, der nicht Hochschullehrer sein darf, werden vom Vorstand gewählt.

anderen Universitäten des Landes und lägen unter dem Bundesdurchschnitt. Dies ist entweder eine bewußt Lüge oder Zeichen einer schon nicht mehr vertretbaren Unkenntnis des Sachverhalts.“

Weiterhin deckt der Ältestenrat einen Widerspruch im Studentenwerksgesetz auf. Einerseits verbietet das Land den Studentenwerken, in den Wirtschaftsbetrieben Gewinne zu erzielen (§ 3 [2]). Andererseits heißt es in § 4 [2], daß die Studentenwerke zur Finanzierung ihrer Aufgaben unter anderem auch „eigene Einnahmen“ heranziehen sollen.

Auf alle Fälle ist nirgends davon die Rede und also nicht erlaubt, daß die Wirtschaftsbetriebe Defizite aufweisen und diese durch die Sozialbeiträge der Studenten mit abgedeckt werden dürfen. Das aber macht Reißer. Die Ergebnisrechnung des Jahres 1969 weist im Bereich der Wirtschaftsbetriebe (Erfrischungsraum, Studenten-Café, Studienmaterialverkauf, Tankstelle, Fahrschule, Betrieb im Clubhaus) ein Defizit von 141.830,59 DM aus. Der Gesamtverlust des Studentenwerkes beträgt für diesen Zeitraum immerhin „nur“ 134.000 DM.

Reißer mag also zwar, wie er gern behauptet, eines der modernsten Studentenwerke in der Bundesrepublik aufgebaut haben. Aber ein Studentenwerk ist primär nicht dazu da, modern zu sein, sondern um „die Studenten wirtschaftlich (zu fördern) und . . . für deren Gesundheit (zu sorgen)“ (§ 3 [1] Studentenwerksgesetz). Reißer hat offensichtlich die Prioritäten anders gesetzt. Für ihn kommt erst der Betrieb und dann, vielleicht, die Studenten.

Stellungnahme des Senats

Der Senat nahm am 26. 10. Stellung: „Der Senat ist der Meinung, daß die Zuschüsse des Landes Hessen für das Studentenwerk Darmstadt, angesichts der Aufgaben, die das Studentenwerk nach dem Gesetz vom 23. 3. 1962 wahrzunehmen hat, unzureichend sind.“

Der Senat sieht sich außerstande, die Erhöhung der Studentenbeiträge gutzuheißen; er bedauert, daß die Verantwortung für den Ausgleich der Bilanz trotz unzureichender Zuschüsse dem Vorstand des Studentenwerkes angelastet wird.“

Diese Stellungnahme wurde ohne Gegenstimme gebilligt. Zuvor hatte Senatsmitglied Azzola es als unverschämt bezeichnet, daß das Land zur Begründung der Erhöhungen unter anderem auch die Heraufsetzung des Honnef-Höchstbetrages auf 350,- DM herangezogen hat. Denn „es weiß doch jeder, daß diese Beträge immer um Jahre hinter der Entwicklung herhinken“. Das Deutsche Studentenwerk hat schon vor einiger Zeit einen Mindestbedarf der Studenten von 520,- DM im Monat errechnet.

Zwar war man sich im Senat einig, daß niemand das Land zur Erhöhung seiner Zuschüsse zwingen könne; aber, so meinte Azzola, deshalb hätte der Vorstand des Studentenwerkes nicht von sich aus die studentischen Beiträge zu erhöhen brauchen. Vielmehr hätte er sich außerstande erklären können, das zu tun, um dem Kultusministerium den schwarzen Peter zuzuschieben. Die Rechtsauf-

machen morgen einen Autounfall und die Vorstandsmitglieder hängen sich auf.“ Nun schien auch Reißer kapiert zu haben; er beeilte sich zu beteuern, daß auch er die Sozialbeitragserhöhung sehr bedauere.

Zehn Tage vorher empfand er dieses Mitleid mit den Studenten noch nicht. Am 15. 10. bat er den Kultusminister um „rechtsaufsichtliche Maßnahme gegen den Beschluß des Ältestenrats“. Das Kultusministerium, oberste Rechtsaufsichtsbehörde über die Studentenschaft, konnte aber noch nicht eingreifen. „Da nach allgemeinem Rechtsgrundsatz der Instanzenweg und die Kontrollmöglichkeiten nicht verkürzt werden dürfen“, beauftragte es am 29. 10. das Direktorium der TH, als zunächst zuständige Rechtsaufsichtsbehörde über den Ältestenratsbrief zu befinden.

Als erstes der drei Direktoriumsmitglieder gab Konrektor Drath, ehemals Verfas-



Vorstandsmitglieder Knaup und Reigrotzki

sichtsbehörde hätte dann per Ersatzvornahme entscheiden müssen.

Weil Reißer diese Möglichkeit in Frage stellte, griff Azzola zu einem Beispiel: „Stellen Sie sich vor, Herr Reißer, Sie

sungsrichter, sein Urteil bekannt: „Die Hunde beißen die, die nicht weglaufen können; das sind die Studenten. Und wenn die sich dagegen wehren, dann soll das rechtswidrig sein. Das ist doch sehr merkwürdig.“

Hickhack um die Fachbereiche

Persönliche Beziehungen wichtiger als Sachfragen

Nach dem Motto „Hessen vorn“ hat man den Hochschulen das HUG beschert und damit unter ach so vielem anderen ein weiteres Dilemma: die Fachbereiche. Man kann es natürlich auch großzügig Freiheit nennen, wenn ein Student, der Chemie studieren will, sich bei der Immatrikulation entscheiden muß ob er sich im Fachbereich organische Chemie, anorganische Chemie oder gar bei den Technologen einschreiben will. Handelt es sich gar um einen Lehramtskandidaten mit immerhin 2 Fachrichtungen und der Auflage, Pädagogik zu studieren, dann muß er je nach Fächerkombination zwischen 3 und 5 Fachbereichen wählen.

Dabei sind anfängliche Entscheidungsschwierigkeiten nur ein untergeordneter Aspekt mit mehr organisatorischem Charakter. Kritisch wird die Situation der Studenten, wenn mit der Fachbereichswahl eine Festlegung auf eine Fachrichtung und eine nur in diesem Fachbereich gültige Prüfungsordnung erfolgt. Das Gesetz verbietet nicht, daß etwa die 3 Chemie-Fachbereiche unterschiedliche Prüfungsordnungen erlassen und so durch entsprechend unterschiedliche Studienpläne Wechsel der Spezialfächer mit größeren Zeitverlusten verbunden werden. Es wäre sogar denkbar, daß unterschiedliche Vorprüfungen als Voraussetzung für die Hauptprüfung gefordert werden. Das würde der Bildung von neuen gesonderten Studiengängen in einem Fach entsprechen und bereits vom Studienanfänger eine Entscheidung verlangen, der zu diesem Zeitpunkt keine stichhaltigen Kriterien zugrunde liegen können.

Die Idee der Fachbereiche ist noch das Beste im HUG, soweit man da von gut reden kann, aber die fehlenden Ausführungsbestimmungen zeugen von völliger Konzeptionslosigkeit und machen damit jeden brauchbaren Ansatz zunichte.

Laut Gesetz ist der Fachbereich „organisatorische Grundeinheit für Forschung und Lehre“, die Bildung dieser Grundeinheiten durch die Fakultäten geschieht jedoch lediglich unter dem Aspekt der Forschung, die Lehre wurde vergessen und fällt damit schlicht unter den Tisch.

Im Grunde ist man mit diesem Verfahren nur konsequent. Eine vernünftige Interessenvertretung der Studenten wird in den künftigen Gremien auf Grund der Zahlenverhältnisse (5:3:2:1) ohnehin nicht möglich sein, also ist es auch nicht notwendig, Voraussetzungen zu schaffen, die

eine wirkliche Interessenvertretung erst ermöglichen.

Die Situation der Lehramtskandidaten liefert da ein glänzendes Beispiel. Bisher verteilt über 3 Fakultäten, ohnehin schon heimatlos und abgestempelt mit „ferner liegen“, werden die Lehramtskandidaten demnächst über 9 Fachbereiche verstreut sein, in fast jedem eine unwesentliche Minderheit. Eine schlagkräftige Interessenvertretung ist bei dieser Vereinzelung weder für fachliche noch für gemeinsame, insbesondere politische Belange möglich. Dabei sind gerade die gemeinsamen Belange aller Lehrer-Studenten vordringlich und wären in einem Fachbereich für Lehrer-Ausbildung vernünftig organisierbar. Die Chance zur Bildung eines solchen Fachbereichs hätte bei der Aufteilung der Fakultät Kultur- und Staatswissenschaften bestanden. Doch Ausbildungsaspekte gelten nicht als Kriterium.

Außerdem: Die Erfahrungen mit den Hochschulselbstverwaltungsgremien an

finanziellen Gemeinsamkeiten beruhen. Und wie man es auch drehte und wendete, immer ließen sich gemeinsame fachliche Aspekte finden, immer konnte man Sympathien und Antipathien ein Forschermäntelchen umhängen und die drängenden Ausbildungsbelange konnten als irrelevant abgetan werden. So geschehen in der Fakultät KuSt anlässlich der Aufteilung in Fachbereiche.

Und auch die Meteorologen haben sich dem allgewaltigen Kriterium der Forschung, d. h. dem Diktat des Herrn Ordinarius beugen müssen.

Alle an Forschung und Lehre Beteiligten im Meteorologischen Institut waren sich einig, daß man im Fachbereich Mechanik als sehr lehrintensivem Fachgebiet mit ca. 20 Studenten für Geld und Stellenforderungen kaum eine Durchsetzungschance haben wird. Gegenüber den Erfordernissen für die Massenausbildung vor dem Vorexamen in Mechanik werden sich die Anforderungen der Diplomanden-Ausbil-

Dipl.-Wirtsch.-Ing.

RUDOLF WELLNITZ

Hochschulbuchhandlung

Darmstadt, Lauteschlägerstraße 4
Direkt an der Hochschule

Technisches Antiquariat

jetzt mit 3-facher Regalfläche!

der THD haben gezeigt, daß nur die Machtverhältnisse entscheiden; und hier werden die Studenten übervorteilt, notfalls durch staatlichen Eingriff.

Eine aussichtsreichere Möglichkeit, schlechte Studienbedingungen zu ändern, ist die solidarische Aktion der betroffenen Studenten. Den Hochschulgremien bleibt dann nur übrig, den geforderten Verbesserungen zuzustimmen.

Bereits während des Überganges zu den HUG-Zeiten waren die Professoren mit ihren Argumenten unter sich. Die Szene wurde zum Viehmarkt, wo man mit irrationalen Begründungen um jeden Lehrstuhl feilschte. Die Ordinarien boten sich gegenseitig solche Lehrstühle an, die im eigenen Lager entbehrlich waren, versuchten auf diese Weise Konzepte zu retten, die nach außen hin mit fachlicher Zusammengehörigkeit getarnt wurden, tatsächlich aber auf politischen oder

der Meteorologie nicht durchsetzen können. In dieser Hinsicht wäre ein Arrangement mit den Geowissenschaftlern wesentlich vorteilhafter gewesen. Doch Institutsleiter Wippermann führte dagegen als einziger die gut nachbarschaftlichen Forschungsbeziehungen zu den Mechanikern ins Feld und der Senat stimmt mit 7 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen zu.

Daß man zur Unterstützung des Herrn Kollegen gegen die Interessen eines gesamten Instituts gestimmt hat, ist offensichtlich belanglos. Doch eine Krähe hackt der ändern nicht die Augen aus. Die Zukunft der Hochschulselbstverwaltung sieht nach diesen Vorgeplänkeln auch nicht rosiger aus, denn das HUG kann private Mauseheilen nicht unterbinden, das soll es ja auch gar nicht. Es hat sich würdig eingeführt.

Leussinks dritter Anlauf

Die Maschen des Hochschulrahmengesetzes werden immer enger

Auf die Leussinkthesen (siehe dsz 111) folgten am 1. Juni und am 2. Oktober der 1. und 2. Referentenentwurf zum Hochschulrahmengesetz (HRG). Wie schon zu erwarten war, hat sich an den Entwürfen gegenüber den Thesen nicht sehr viel geändert, da die Industrie zu den Thesen ihr Placet gegeben hatte.

So der „Unternehmerbrief des Deutschen Industrieministeriums“ (9/70): „Alles in allem bieten die Thesen Minister Leussinks einen guten Ausgangspunkt für eine allgemein verbindliche Hochschulgesetzgebung. Mit Nüchternheit und Gespür für das Mögliche werden Ziele angestrebt, die bald erreicht werden können. Wenn Bund und Länder ihre Kräfte jetzt nicht in Einzelaktionen und Kompetenzstreitigkeiten verzetteln, darf man hoffen, daß die Reform über hektischen Aktivismus siegt.“ Auch „Der Arbeitgeber“ unterstützt die Thesen: „Minister Leussink verdient Zustimmung, wenn er sich in seinen 14 Thesen zur Vorbereitung eines Hochschulrahmengesetzes auf die Verbesserung der Effizienz der Universitäten konzentriert und z. B. den Demokratisierungsprozeß beiseite läßt.“ Leussink spart in einer Pressemitteilung auch nicht an Lob für seine „Kritiker“: „Der Minister hob hervor, daß, abgesehen von wenigen ideologisch bestimmten Äußerungen (z.B. die Thesen sicherten einen Einfluß der Industrie auf die Hochschulen), die bisherigen Stellungnahmen für die weitere Arbeit sehr wertvoll seien. Dabei sei festzustellen, daß die Mehrzahl der Thesen bisher im wesentlichen nicht angefochten worden sei.“ (Pressemitteilung des Bildungs- und Wissenschaftsrates vom 27. 2. 70)

Es bleiben also alle Thesen, die eine Verschlechterung der Studiensituation beinhalten, bestehen; unter anderem: Straffung des Studiums, Manifestierung des Numerus clauses und Ausschluß der Studenten von der Mitbestimmung an Forschungsvorhaben.

„Entscheidungen über die Art und Weise der Durchführung eines Forschungsvorhabens treffen diejenigen, die am Forschungsvorhaben wissenschaftlich mitarbeiten.“ (§ 14. 1)

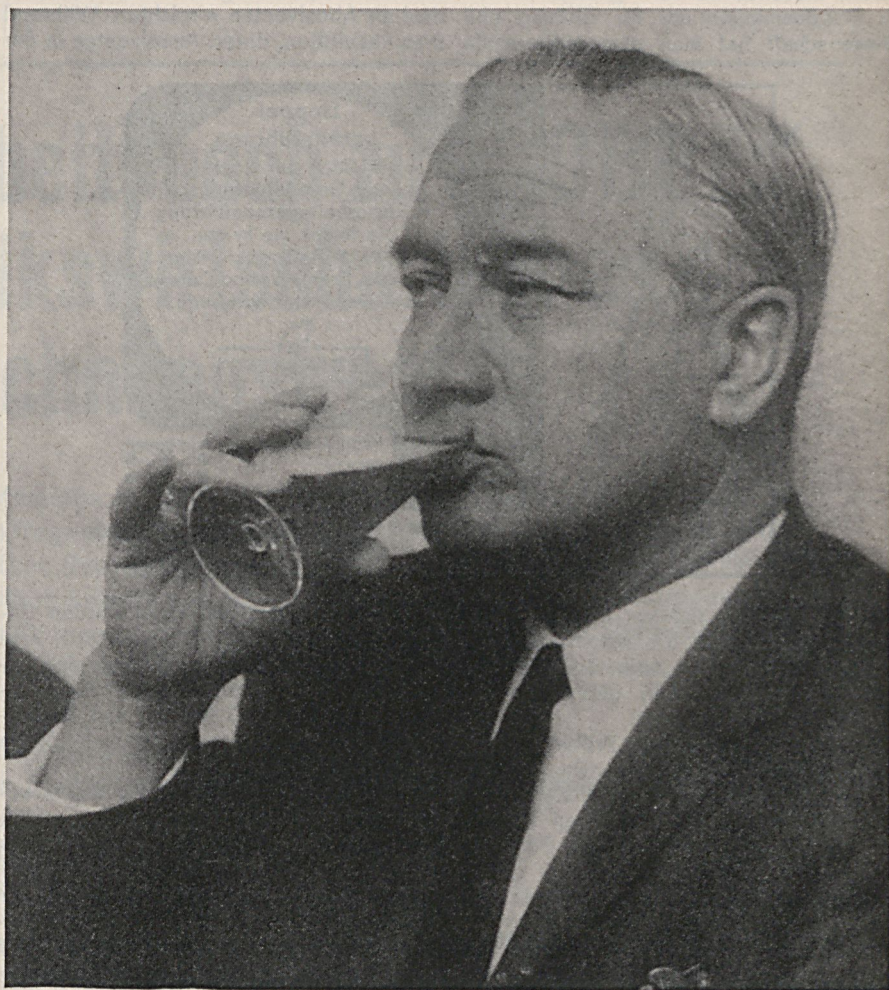
Dieser Abschnitt klingt sehr progressiv, doch bereits der 2. Abschnitt macht alle Illusionen über studentische Mitbestimmung zunichte. „Für Beschlüsse eines Kollegialorgans über Fragen der Forschung, die nicht unter Abs. 1 fallen . . . genügt die Mehrheit der Hochschullehrer und die Mehrheit der wissenschaftlichen

Mitarbeiter des Kollegialorgans.“ Wem dies noch nicht genügt, der wird durch den 2. Referentenentwurf überzeugt. Dort steht, daß nur Studenten mit abgeschlossenem Studium an Forschungsvorhaben mitbestimmen dürfen; es bleibt also bei den einsamen Entschlüssen der Institutsinhaber.

„In allen Fachrichtungen sollen Studiengänge angeboten werden, die innerhalb von 3 Jahren zum Abschluß führen.“ (§ 26.3)

Dieser Paragraph beschränkt sich in erster Linie auf die Ingenieur- und Na-

tionswesens im Hochschulbereich nach 1970“ hervor: „...Studiengänge anzubieten, die einen Abschluß nach zweieinhalb bis drei Jahren sichern. Hierfür kommt eine Vielzahl von Bereichen in Betracht; so z. B. Studiengänge . . . für Informatik, für die Mathematik, die Physik, die Chemie und für Ingenieurberufe.“ Damit erhält das Ingenieurstudium endlich die von der Industrie gewünschte Kürze. Die Studenten werden in die Masse der „Rezepteanwender“ und die Elite der „Rezeptemacher“ unterteilt. (Prof. F. Leonhardt, Stuttgart). Die „Re-



Bildungsminister Leussink

turwissenschaften, denn er wird im 2. Entwurf auf „geeignete Fachrichtungen“ eingeschränkt. Dies geht auch aus den „Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur und zum Ausbau des Bil-

zepteanwender“ durchlaufen ein schulmäßig aufgebautes 3-jähriges Kurzstudium, während die „Rezeptemacher“ anschließend aufgrund „herausragender Leistungen“ ein Aufbaustudium absolvie-

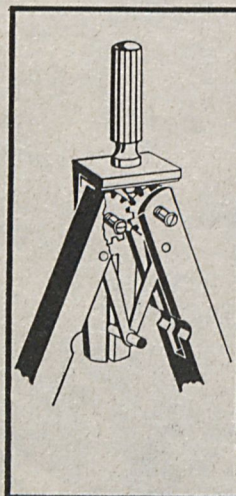
ren dürfen.

Auch auf kritisches Denken hat man vorsichtshalber im HRG wieder verzichtet. In den Leussinkthesen heißt es noch: „Lehre und Ausbildung dienen der Vorbereitung auf Beruf und Tätigkeitsbereiche und der Entwicklung der Fähigkeit der Studenten zum selbständigen kritischen Denken und zur Übernahme von Verantwortung in Gesellschaft und Staat.“ (These 2.4) Im HRG steht dann: „Sie (die Hochschulen) bereiten zugleich die Studenten auf ihre Verantwortung in einer freiheitlich und demokratisch verfaßten Gesellschaft vor“ (§ 2.1).


Im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat man also mittlerweile

anpassen muß. Dieses Ziel kann aber nicht allein von der Interessengruppe Industrie bestimmt werden, da ihre Vorstellungen nicht mit denen der Gesellschaft übereinstimmen müssen. So wird die Forderung nach Erziehung zum demokratischen Staatsbürger auf Anpassung der Schüler abgewertet.

„Die Zahl der aufzunehmenden Studenten darf zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Studiums für die Dauer eines Jahres beschränkt werden.“ (§ 48.1). In §§ 48–50 wird der Numerus clausus gesetzlich gesichert. Man kann also die Hochschulkapazität genau nach dem Bedarf an Absolventen einrichten. Während man Fakultäten, deren Absolventen in der



Doppelgeradeführung
= Addition der Vorzüge zweier Geradeführungen
= **Sicherheitsgeradeführung**
Sie finden sie in den Proebster-Reißzeug-Serien Technica, Precision und Corona
Eine Neuentwicklung von:



Informieren Sie sich besser bitte beim guten Fachhandel zeichnen

C. PROEBSTER JR. NACHF.
8500 Nürnberg · Hegelstraße 18-22

erkannt, daß man sich vor kritischen Studenten hüten muß. Sie wissen, daß sie in drei Jahren kein „selbständiges wissenschaftliches Denken und Arbeiten“ (§ 27.2) erlernen können.

Eingespannt in dauernde Prüfungen und die Zwangsexmatrikulation im Nacken haben die Studenten keine Zeit mehr sich mit den gesellschaftlichen Zusammenhängen und Folgen ihres Studiums und Berufs zu beschäftigen.

In diesem Punkt wird das Gesetz den Forderungen der Industrie vollkommen gerecht, doch Leussink macht keine halben Sachen. § 52.1 des Gesetzes fordert eine laufende Anpassung des Studiums an die berufliche Praxis. Immerhin werden dadurch der Industrie hohe Investitionskosten erspart, da es normalerweise 2 Jahre dauert, bis ein Dipl.-Ing. in seinem Beruf eingeführt worden ist.

Es ist natürlich richtig, daß das Studium sich einem ändernden Ausbildungsziel

Industrie dringend gebraucht werden (Ingenieure), beschleunigt erweitert, wird der Ausbau an anderen (Soziologie) gestoppt und verzögert. Die Bildungsplanung richtet sich nicht nach den Bedürfnissen der Gesellschaft, sondern denen einer kleinen Gruppe.

Leussink hat mit seinem Hochschulrahmengesetz die Erwartung aller erfüllt. Die Studenten wußten, daß sie von einem ehemaligen Aufsichtsratsmitglied bei Krupp, das einen Vorstandsposten nur zurückgewiesen hat, um Minister zu werden, nichts zu erwarten hatten. Den Wünschen der Industrie hat er voll entsprochen. Ab 1975 etwa wird die Industrie endlich „schon nach 3 Jahren berufsfähige junge Menschen in die Unternehmen bekommen“ (Unternehmerbrief 9/70). Dann ist das langersehnte Ziel des angepaßten Fachidioten erreicht. (Die Paragraphenangaben beziehen sich auf den 1. Entwurf.)

studentischer filmkreis thd



do, 26. 11. 70

kaltblütig

usa 1966

regie: richard brooks

darsteller: robert blake, scott wilson

do, 3. 12. 70

jules et jim

frankreich 1961

regie: francois truffaut

darsteller: jeanne mareau, oskar werner, henri serre

do, 10. 12. 70

töte django

italien 1966

regie: giulio questo

darsteller: tomas milian, piero lulli

do, 17. 12. 70

accident

england 1966

regie: joseph loreg

darsteller: dirk bogarde, jaqueline sassard, harold pinter

do, 14. 1. 71

katzelmacher

deutschland 1969

regie: v. w. faßbinder

fr, 15.–so, 17. 1. 71

darmstädter filmtage

do, 21. 1. 71

die grausamen

italien u. spanien 1966

regie: sergio corbucci

darsteller: joseph cotton, norma bengell

do, 28. 1. 71

jagdszenen aus niederbayern

deutschland 1969

regie: peter fleischmann

darsteller: hanna schygulla, martin sperr

do, 4. 2. 71

der eiskalte engel

frankreich, italien 1966

regie: jean-pierre melville

darsteller: alain delon, nathalie delon

do, 11. 2. 71

underground

filme von andy warhol bis zur oberammergauer aktionsgruppe

do, 18. 2. 71

gala-prunkkater – sonderveranstaltung

beginn der veranstaltungen jeweils
donnerstags 18.30 und 21.00

filmseminar dienstags

thema: massenmedien zwischen manipulation und meinungsbildung

Heidelberger Arbeitsbücher

Die Heidelberger Arbeitsbücher sind ein neues Lehrmittel; sie dienen zur Einübung der grundsätzlichen Begriffe und Denkweisen des im zugehörigen Lehrbuch behandelten Stoffgebiets. Dazu wird der Lehrstoff in kleine Lernschritte unterteilt, zu jedem dieser Lernschritte wird eine Lernfrage gestellt. Der Formulierungszwang, der sich mit den Antworten verknüpft, verhindert, daß sich der Lernende mit vagen Vorstellungen zufrieden gibt, und zwingt ihn, mit dem neu erlernten Wortschatz neue Gedanken zu verfolgen. Die Beschäftigung mit den Lernfragen gibt dem Anfänger ein ausreichendes und solides Instrumentarium für das weitere Verständnis seines Fachs in die Hand. Zur Kontrolle findet der Leser am Ende jedes Kapitels Angaben mit ausführlichen Lösungen.

Arbeitsbuch zu **STOBBE**:* Volkswirtschaftliches Rechnungswesen

Von **Bernd A. Schmid**,
Mannheim,
XII, 125 Seiten. 1970
Geheftet DM 8,—;
US \$ 2.20

Im Wintersemester 1969/70 ersetzte an der Universität Mannheim ein Tutorenprogramm die sonst übliche Vorlesung und Übung „Volkswirtschaftliches Rechnungswesen“. Unter der fachlichen Leitung von Professor A. Stobbe wurden ca. 600 Studenten von 22 Tutoren in Gruppenarbeit betreut. Daraus ist dieses Arbeitsbuch als eine wirtschaftswissenschaftlich-pädagogische Hilfe entstanden.

* **Heidelberger Taschenbücher Band 14**
Stobbe, A.: Volkswirtschaftliches Rechnungswesen
2., revidierte und erweiterte Auflage
16 Abbildungen. XIV, 295 Seiten. 1969
Geheftet DM 12,80; US \$ 3.60



SPRINGER-VERLAG
BERLIN · HEIDELBERG · NEW YORK

Kein Grund zum Jubeln

Studentenkritik vergrämte Festgäste

Die TH Aachen wurde 100 Jahre alt. Dies zu feiern, hatte man am 16. 10. 1970 in den Krönungssaal des Rathauses der Stadt Aachen geladen.

Wer eine Jubelfeier erwartete, sollte nicht enttäuscht werden – freilich eine im neuen Gewande. Die Krise der Hochschule ist nicht wegzuleugnen; und so mußte auch diese Jubelfeier höchst offiziös im Bewußtsein der Krise vollbracht werden.

Einige der Festredner betonten also ihre „kritische“ Haltung, niemals jedoch, ohne die „positive Wendung“ in den letzten Jahren hervorzuheben. Andere waren weniger „kritisch“ und dachten auch nicht im geringsten daran, ihre Meinung zu verschleiern.

Dennoch, die Meinungsfreiheit fand ihre Grenzen. Und zwar dort, wo sie auf durchaus legale Weise die Ohren derjenigen malträtierte, die auf der von ihnen ansonsten viel gepriesenen Meinungsfreiheit herumreiten. Der Honorationsverein versuchte, die Rede des AStA zu unterbrechen. Als das nicht so ohne weiteres gelang, verließen die Notabeln den Saal. Aachens Oberstadtdirektor Dr. Kurze tat daraufhin, was für diesen Fall geplant war: Er unterbrach die Mikrofonleitung und gab das Zeichen zum Einsatz der Musik.

Da die Rede des AStA keineswegs nur auf Aachener Verhältnisse zutrifft, drucken wir sie im folgenden im vollen Wortlaut ab:

Meine Damen und Herren,

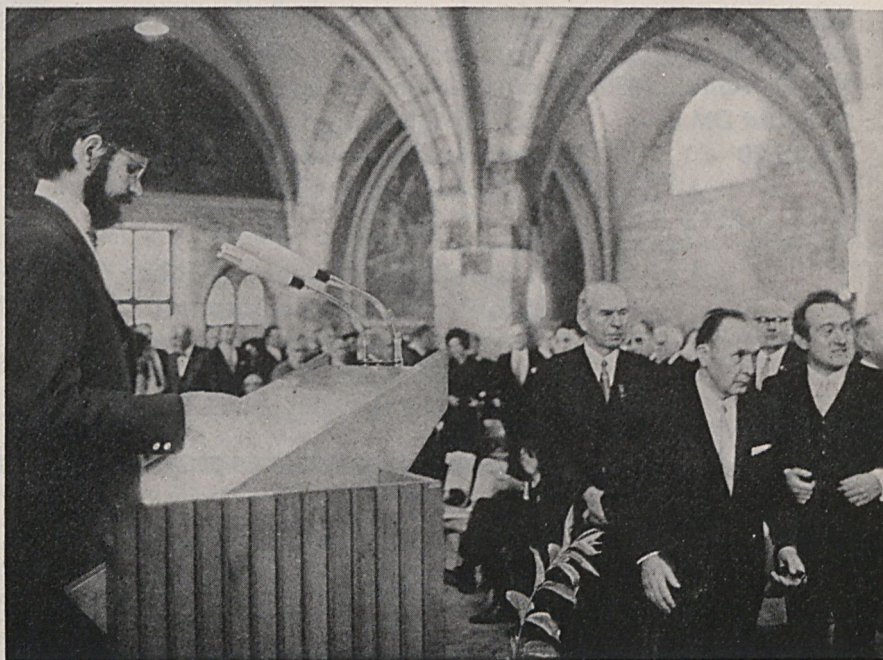
Lassen Sie mich an den Beginn meines Grußwortes ein Zitat zu unserer heutigen Situation stellen. „Die Geschichte ist gründlich und macht viele Phasen durch, wenn sie eine alte Gestalt zu Grabe trägt. Die letzte Phase einer weltgeschichtlichen Gestalt ist ihre Komödie!“ 1)

Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden im Zuge der kapitalistischen Entwicklung eine Reihe von Politechnischen Schulen gegründet, unter anderem die heutige Technische Hochschule Aachen. Diese Hochschulgründungen waren Zeichen eines wachsenden Bedarfs des kapitalistischen Wirtschaftssystems an qualifizierten Fachkräften. Deren Aufgabe war es, eine Fülle von naturwissenschaftlich-technischen Erkenntnissen umzusetzen in den technologischen Apparat des Produktionsprozesses. Die quantitative und qualitative Verbesserung des Produktionsprozesses unter dem Konkurrenzdruck eines sich herstellenden Weltmarktes bedeutete technischen Fortschritt – technischen Fortschritt allerdings im Dienste imperialistischer Expansionsbestrebungen und Weltherrschaftsträume.

Daß die Mehrheit der Bevölkerung, die Arbeiterklasse, die diesen Produktionsprozeß betreibt, in diesem System unterdrückt und politisch entmündigt bleibt, verstehen diejenigen, die damit ihre Profite machen, von jeher als selbstverständlich.

Die technische Intelligenz stellte den technologischen Fortschritt blind unter die Interessen eines kapitalistischen Systems in seiner bonapartistischen, später faschistischen Ausprägung. Sie verhalf einer gigantisch aufgeblähten Rüstungsindustrie dazu, ihr volles Vernichtungspotential in zwei Weltkriegen zu entfalten. Dieser Zustand dauert im wesentlichen bis heute an. Das dürften die Herren, die damals daran verdient haben und die auch heute wieder ihre Profite machen, selbst am besten wissen.

Dieser Tatsache zum Trotz gaukelt die Ausbildung an Universitäten und Technischen Hochschulen den Studenten immer noch die Wertfreiheit technisch-rationalen Fortschritts vor. Man wünscht, daß die Studenten kompetent, aber beschränkt sind; aktiv, aber folgsam; intelligent, aber unwissend in allem, was über ihre unmittelbare Funktion hinausgeht. Man produziert ein gefährliches



AStA-Redner Kruse, Dr. Brandi, Dr. Ing. Rumpf und Johannes Rau

spezialistisches Fachidiotentum, das gesellschaftlich-politische Entscheidungskompetenz nicht mehr wahrzunehmen imstande ist, das „die Niederträchtigkeit von heute durch die Niederträchtigkeit von von gestern legitimiert.“²⁾

Erst durch die Studentenrevolte wurde dieses gesellschaftsblinde Bewußtsein aufgebrochen. Sie entzündete sich an einer reaktionären Ordinarienherrschaft, am total veralteten Studien- und Prüfungswesen und an den Disziplinarmaßnahmen der Hochschule. Schließlich — als Antwort auf die Studentenbewegung und im Zuge der technokratischen Planung — erfolgte der Zugriff des Staates durch Ordnungsrecht und Hochschulgesetze. Bei diesem Stand der Entwicklung mußte die Studentenbewegung die Grenzen ihrer Aktionsmöglichkeit erkennen und beginnen, die für sie spezifischen Fragen in einem gesamtgesellschaftlichen Rahmen zu lösen. Sie erkannte die Unmöglichkeit, inhaltliche Reformen auf dem Teilgebiet der Hochschule isoliert durchzusetzen, und damit die Notwendigkeit, durch revolutionäre Umwälzungen die Bedingungen zu schaffen, unter denen herrschaftsfreie Verkehrsformen der Menschen erst existieren können.

Ein überlebtes Hochschulwesen, die miserable soziale Situation der Studenten, die katastrophale Wohnungsmisere, die Abhängigkeit von Staat und Familie zwang die Studenten dazu, den Zusammenhang dieser Zustände und Maßnahmen als gesellschaftlich bedingt zu erkennen. Die kapitalistische Industrie mit ihren Freundeskreisen an den Hochschulen wie auch die Staatstechnokratien in den Ministerien haben mit ihren Reformvorstellungen und sozialen Beihilfen zur Aufhebung dieser Misere nicht beigetragen, sondern lediglich zur weiteren Funktionalisierung des Studiums und der ausgebildeten Intelligenz für die Profitinteressen der kapitalistischen Industrie. Etwas anderes zu erwarten wäre auch zu naiv. Deshalb wurde der Widerstand der Studenten gegen die Symptome der kapitalistischen Gesellschaft in den fortgeschrittensten Teilen der Studentenschaft zum sozialistischen Widerstand gegen das System.

Mehr und mehr wird auch der Mehrzahl der Bevölkerung bewußt, welchen Repressionen, welchem Grad an politischer Entmündigung sie ausgesetzt ist. Sie löst sich gleichermaßen von den Institutionen der herrschenden Klasse. Das hat sich gezeigt in den Streiks in Italien, Frankreich, Belgien wie in den Septemberstreiks des vergangenen Jahres, den

andauernden Lohnkämpfen und den Mieterstreiks und -aktionen der letzten Zeit.

Für uns ist das Fortbestehen kapitalistischer Zustände kein Grund zum Feiern. Immer noch bedeutet technischer Fortschritt im Kapitalismus die Bedrohung menschlicher Existenz; immer noch liegt die wirtschaftlich-politische Machtkonzentration und Verfügungsgewalt über ein gewaltiges militärisches Vernichtungspotential in den Händen weniger; immer noch bedeutet kapitalistischer Reichtum die Unterdrückung riesiger Bevölkerungsmassen in Afrika, Asien und Südamerika. Ausplünderung und Unterdrückung wird unter dem Deckmäntelchen von Sozialhilfe und Entwicklungshilfe betrieben.

Wir geben uns nicht der Illusion hin, daß hier die Adressaten sitzen, an die wir uns zu wenden haben. Wir sehen uns nicht veranlaßt, mit den Repräsentanten von Großkapital, Staatsbürokratie und Lokalbourgeoisie Feste zu feiern und Jubelreden zu halten. Und nichts anderes spielt sich im Rahmen der 100-Jahr-Feier der TH Aachen formal und inhaltlich ab: eine Klasse dieser Gesellschaft, und zwar die herrschende, begeht in einer Selbstdarstellung ihre eigene Feier. Sie wird unter sich bleiben, da die Zustände, die sie feiert, unter dem Niveau der Geschichte bleiben. Sie ist unter alter Kritik, aber sie wird ein Gegenstand der Kritik bleiben, so wie die Verbrechen, die sich sanktioniert, der vielfache Völkermord in Asien, Afrika und Südamerika, ein Gegenstand revolutionärer Justiz bleiben wird. Die Kritik „ist kein anatomisches Messer, sie ist eine Waffe.“³⁾

„Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt.“⁴⁾ Davon gab es einen Vorgeschmack in Vietnam, Brasilien, Uruguay, Chile und im Nahen Osten.

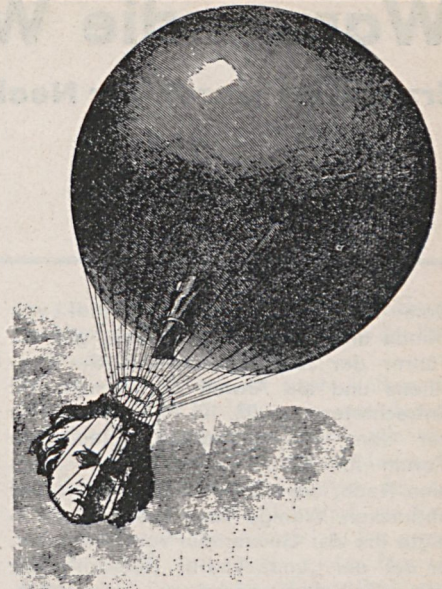
Dort wird der letzte Akt dieser Komödie der Herrschenden gespielt, der für sie allerdings tragisch verlaufen wird.

¹⁾ Karl Marx, zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung, In: Marx — Engels Studienausgabe I, Hrsg. Irving Fetscher, Ffm. 1966, S. 21

²⁾ ebenda: S. 19

³⁾ ebenda: S. 19

⁴⁾ ebenda: S. 24



Achten Sie auf Reihe Hanser

Wolf Wondratschek, Ein Bauer zeugt mit einer Bäuerin einen Bauernjungen, der unbedingt Knecht werden will
Band 44. Ca. 5.80 DM

Let it bleed. Die Rolling Stones in Altamont
Berichte und Photos. Herausgegeben von S. Schober. Band 45. Ca. 7.80 DM

Richard Brautigan, In Wassermelonen Zucker
Roman. Band 46. Ca. 7.80 DM

Sprache und Stil Lenins
Aufsätze von V. Schklowski, B. Eichenbaum, L. Jakubinski, J. Tynjanow, B. Kasanski und B. Tomaschewski.
Herausgegeben von F. Mierau. Band 47. Ca. 5.80 DM

Kvetoslav Chvatik, Strukturalismus und Avantgarde
Aufsätze zur Kunst und Literatur. Band 48. Ca. 7.80 DM

August Strindberg
Ein Lesebuch für die niederen Stände
Herausgegeben von Jan Myrdal. Band 49. Ca. 9.80 DM

Elias Canetti, Alle vergeudete Verehrung
Aufzeichnungen 1949-1960
Band 50. Ca. 7.80 DM

George Günther Eckstein
USA: Die Neue Linke am Ende?
Band 51. Ca. 7.80 DM

Arnfrid Astel, Kläranlage
100 neue Epigramme. Band 52. Ca. 5.80 DM

Lars Gustafsson, Utopien
Essays. Band 53. Ca. 7.80 DM

Weltbilder
49 Beschreibungen. Herausgegeben von Gert F. Jonke und Leo Navratil. Band 54. Ca. 7.80 DM

Lenin, Über historischen Materialismus
Herausgegeben von A. Schmidt. Band 55. Ca. 7.80 DM

Michael Pehlke/Norbert Lingfeld
Roboter und Gartenlaube
Ideologie und Unterhaltung in der Science-Fiction-Literatur.
Band 56. Ca. 7.80 DM

Klaus P. Wallraven/Eckart Dietrich
Politische Pädagogik
Aus dem Vokabular der Anpassung. Band 57. Ca. 5.80 DM

In jeder Buchhandlung oder direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 80, Kolbergerstr. 22, erhalten Sie den ausführlichen Sonderprospekt.

Warum die Wahrheit fürchten?

Erzbischof warnt vor Neokolonialismus durch Entwicklungshilfe

Dom Helder Camara, Erzbischof von Olinda und Recife in Brasilien, gilt als Führer der fortschrittlichen Kirche Brasiliens und als Anwalt der Armen und Entrechteten. Am 23. 10. 70 hielt Camara vor dem neugegründeten „Deutschen Forum für Entwicklungshilfe“ in Bonn eine Rede, die wir hier zum größten Teil abdrucken. Wenige Tage später beschuldigte ihn der Gouverneur von Sao Paulo, er sei ein „undankbarer Bursche“, der seine Zeit damit verbringe, „sein Vaterland zu beschmutzen“.

Wegen seines selbstlosen Eintretens für die Belange der Unterprivilegierten in Brasilien und in den Entwicklungsländern überhaupt war Camara von verschiedenen katholischen Gruppen in der Bundesrepublik als Kandidat für den Friedens-Nobelpreis vorgeschlagen worden. Das rief seinen konservativen Amtsbruder und politischen Gegner, den brasilianischen Erzbischof Geraldo Sigaud, auf den Plan. Er warnte vor einer Verleihung des Preises an Camara. Dem Bischof von Münster schrieb er, Camara sei „eine befremdende Gestalt in der brasilianischen Politik“. In den letzten Jahren sei es seine Taktik gewesen, „mit allen seinen Mitteln die kommunistischen Kräfte zu begünstigen und den Anschein zu erwecken, persönlich ein Apostel der Gewaltlosigkeit zu sein“. Und von 1962 bis 1964 habe er gar einer Regierung Unterstützung zuteil werden lassen, die „beabsichtigte, radikale Reformen durchzuführen in bezug auf Landwirtschaft, Städtebau, Industrie, Bank- und Hochschulwesen.“

„Früher oder später“, so schreibt Sigaud, „wird die Welt erfahren, wer Monsignore Camara ist.“ Das freilich hofft auch Camara. Auf die Anfeindungen entgegnete er: „Die Zeit wird besser als jeder andere für mich sprechen und darlegen, wer Recht gehabt hat.“

Die Rede Camaras

Wir alle wissen, daß die nächste Versammlung der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung (UNCTAD) die beste Gelegenheit sein wird, nicht nur die Unruhe, sondern auch die Forderungen der unterentwickelten Welt kennenzulernen. Gebe Gott, daß sich der Mißerfolg der beiden vorhergehenden Versammlungen nicht wiederholt. Damals bemühten sich die unterentwickelten

Länder darzulegen, daß ihre Armut den Reichtum der industrialisierten und spät-industrialisierten Nationen nährt; die wohlhabenden Länder legten demgegenüber eine bestürzende und gefährliche Gleichgültigkeit an den Tag.

—legung dieser Preise die Rohstoffe der unterentwickelten Länder immer billiger und die Industrieprodukte der wohlhabenden Länder immer teurer werden?

Geben Sie sich nicht eine Illusion hin, wenn Sie glauben, die reichen Länder kauften die



Erzbischof Dom Helder Camara

Es ist verständlich, daß die Forderungen der Kleinen den Starken wie Groll, Argwohn und Undank erscheinen...

Ist es richtig oder falsch, daß die Preise des internationalen Handels in den großen Handelszentren der Welt festgelegt werden? Ist es richtig oder falsch, daß bei der Fest-

Rohstoffe der armen Länder aus reiner Großzügigkeit? Daß sie, streng genommen, darauf verzichten und auf Ersatzstoffe zurückgreifen könnten?

Ist Ihnen klar, daß im Handel zwischen armen und reichen Ländern die Ungerechtigkeiten der reichen Länder gar zu leicht von

den privilegierten Schichten in den armen Ländern unterstützt und gefördert werden? Diese privilegierten Gruppen bewahren ihren Reichtum auf Kosten des Elends von Millionen ihrer Mitbürger. Sehen Sie, daß es Ihnen leichter fällt anzunehmen, daß die Reichen der armen Länder ihren Reichtum auf dem Elend von Millionen ihrer Mitbürger gründen, als sich klar zu machen, daß die reichen Länder ihren Reichtum auf dem Elend der unterentwickelten Länder gründen?

Eine direktere und konkretere Frage: Das Ende des Kolonialismus wurde verkündet und tatsächlich nehmen viele Länder, politisch unabhängig geworden, Teil an den Entscheidungen der Vereinten Nationen; wenn aber die Europäische Gemeinschaft sich mit den 16 assoziierten afrikanischen Staaten zusammenfindet, handelt es sich dann um eine Vereinigung von Gleichberechtigten, oder zeigt sich dabei nicht doch der Neokolonialismus?

Man kann sich diese und noch manche andere Fragen stellen, die leicht auszudenken sind. Mit ihrer Hilfe kommt man zu dem Schluß, daß die beiden Haupthindernisse, die es den armen Ländern verwehren, den Weg aus Unterentwicklung und Elend zu finden, die folgenden sind:

- einerseits der interne Kolonialismus, d.h. die Tatsache, daß kleine Gruppen privilegierter Familien ihren Reichtum auf dem Elend der eigenen Mitbürger gründen,
- andererseits der externe Neokolonialismus, der immer von neuem die politische Unabhängigkeit der Länder in Frage stellt und zwar mit Hilfe einer Art wirtschaftlicher Halbsklaverei.

Gefährliche Scheinlösungen

Vorsicht vor Scheinlösungen, die zwar als Hilfsmittel von gewisser Bedeutung sein können, niemals aber echte Lösungen sind:

- Technische und finanzielle Hilfe, sowohl amerikanischen wie europäischen Ursprungs: sie hat keine Daseinsberechtigung, wenn sie dazu dient, das fundamentale Problem der Ungerechtigkeit in der internationalen Handelspolitik vergessen zu machen. Sie darf und soll sogar als vorübergehendes Hilfsmittel beibehalten werden, solange noch keine Lösung des komplexen Problems der Preisfestsetzung im internationalen Handelsaustausch gefunden ist.

— Private Investitionen als Ergänzung der Regierungshilfe: sie haben keine Daseinsberechtigung, wenn sie von Trusts und Konzernen stammen, die nicht an die Gesetze des Ursprungslandes gebunden sind und solange es an angemessenen Beschränkungen auf internationaler Ebene fehlt. Sie haben keine Daseinsberechtigung, wenn sie unter Gesetzesumgehung zu Überweisungen ausbeuterischer Gewinne in das Ursprungsland führen; sie können, ja müssen sogar angeregt werden, wenn sie in der Absicht gemacht werden, die Entwicklung im Investitionsland anzuregen.

Folgendes zur Politik der Geburtenbeschränkung in den unterentwickelten Ländern:

- Wir weisen sie zurück, wenn sie dazu dienen soll, den Kern des Problems, die wahren Gründe der Unterentwicklung, zu verdecken, nämlich den internen Kolonialismus und den externen Neokolonialismus;
- wir weisen sie auch zurück, wenn sie als ferngelenkte Maßnahme auftritt, weit mehr im Dienst ausländischer als inländischer Interessen, ohne Respekt vor menschlicher Würde und traditionellen Glaubensbildungen;
- wir bejahen sie als selbstgewollte Maßnahme, besonders aufgrund von Bindun-

gen der Religion und der Erziehung, letztlich abhängig vom Gewissen der Ehepartner.

Im Falle der Reichen der armen Völker, die Millionen ihrer Mitbürger in menschenunwürdiger Lage vegetieren lassen, wie auch im Falle der Reichen der reichen Länder, die in den Überflußländern Enklaven der Armut erhalten, wie schließlich auch im Falle der Beziehungen der Reichen zu den armen Ländern, stellt man immer wieder fest; abgesehen von den wirtschaftlichen Problemen stellt sich ein ernstes, ja mehr als ernstes moralisches Problem: der Egoismus, die Gewinnsucht, der Geiz prallen mit der Gerechtigkeit zusammen und sind die Wurzel aller Gewalt...

Wettrüsten

Es gibt industrialisierte Länder, die sich verpflichtet glauben, zu ihrer Selbstverteidigung aufzurüsten. Dies vor allem nach schmerzlichen Erfahrungen mit erlittenen Niederlagen. Die Erfahrung zeigt: Die einzige Art und Weise, wirtschaftlich Waffen zur Selbstverteidigung herzustellen, ist, sie in genügender Menge auch für den Export zu produzieren. So kann es geschehen, daß hochkultivierte Länder mit langer humanitärer Erfahrung auch auf dem Gebiet der Schrecken und des Wahnsinns des Krieges dazu kommen, den Tod, ja sogar den Selbstmord — als Kollektivselbstmord der Menschheit — zu verkaufen.

elektro- heizung

sauber
preiswert
komfortabel



Hessische
Elektrizitäts-AG

Darmstadt
HEAG-Haus
am Luisenplatz
Telefon 191-283

Alle diese moralischen Folgen ergeben sich aus der Prämisse „Selbstverteidigung braucht Waffenausfuhr“. Eine Prämisse, die nicht weniger ist, als eine Anstiftung der unterentwickelten Ländern, sich der Hoffnung auf das Ende ihres Elends zu begeben, um gegen kriegerische und übelwollende Nachbarn aufzurüsten. Die Planungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsministerien versäumen dabei nicht, darauf hinzuweisen, was der Gewinn der Rüstungsindustrie für die Gesamtwirtschaft eines Landes bedeutet, selbst auf die Gefahr hin, damit empfindliche Gemüter zu beunruhigen. Wenn man dann noch daran denkt, wie die Belegschaften der Rüstungsbetriebe nutzbringend in die schon ausgelastete Friedensindustrie eingegliedert werden sollen, so ergibt sich von selbst die Versuchung, dem Problem des Vermeidens von Arbeitslosigkeit und Arbeitsstörung Vorrang beizumessen. Von da ist es nur ein winziger, aber hochgefährlicher

genwärtigen sozialen Ungerechtigkeit besteht?

Diese, wie ich sie nennen möchte, Gewalt Nr. 1 geltiert immer wieder die Gewalt Nr. 2: die Antwort der Unterdrückten oder der Jugend im Namen der Stimmlosen. In dem Maße, in dem die Unterdrückten auf die Straße gehen, glauben sich die Regierungen im Recht, ja sogar verpflichtet, mit der Gewalt Nr. 3 einzugreifen. Und so verfällt die Welt der gefährlichen Eskalation der Gewalt, die sich vor unser aller Augen vollzieht.

Es gibt immer deutlichere Anzeichen, daß die Welt rechten oder linken Gewaltregimen verfällt, daß solche Gewaltregime immer gewalttätiger werden und aufgrund einer ihnen innewohnenden unheilvollen Logik ihre Zuflucht gar zu niederträchtigen Folterungen oder Konzentrationslagern nehmen...

Nicht nur als moralisierendes Schlußkapitel, das man als *captatio benevolentiae* zu betäuben, sondern in dem Bestreben, zum Kern des Problems vorzudringen, verdient an der Schwelle des zweiten Entwicklungsjahrzehnts ein dringendes Problem die Aufmerksamkeit des Deutschen Forums für Entwicklungspolitik: Das Programm einer Bewußtseinsbildung der entwickelten Nationen...

Die Familien, die Schulen, die Kirchen, die Massenmedien sollten sich zusammentun, damit die Jugend eines entwickelten Landes dahin gebracht wird, sich ein lebensnahes Bild ihrer Heimat zu machen.

Statistiken sind farblos, vernachlässigen fundamentale menschliche Aspekte, lassen wesentliches im menschlichen Leben beiseite. Möge die Jugend sich bereitfinden zu entdecken, wie die Armen in ihrem reichen Land leben, wo sich die Marginalarbeiter finden in ihrem Land der Arbeiter, die einen Platz im Leben und eine angemessene und würdige soziale Lage gefunden haben. Dies alles kann geschehen im eigenen Haus, in der eigenen Schule, in der eigenen Kirche, im eigenen Verein, im eigenen Wohnblock.

„Landkarte des Hungers“

In den Vereinigten Staaten, die Überschußlebensmittel in alle Welt exportieren, wurde aufgrund unbestreitbarer Statistiken eine entsetzliche und eindrucksvolle „Landkarte des Hungers“ des eigenen Landes gezeichnet. Wenn sich jede Gruppe von Jugendlichen um die Grundlagen im eigenen Heimatgebiet bemüht, so werden die Jugendlichen des ganzen Landes zu dem lebendigen Bild, zu der „Landkarte“ kommen, die bisher ge-

fehlt hat. Bruttonationalprodukt, Produktionsindex der für die Entwicklung lebenswichtigen Güter, technischer Fortschritt, steigende Automation, nichts von all dem darf oder soll aufgehalten werden. Das lebendige Bild, die lebendige Landkarte der Nation, soll nur eine lebende, menschliche Ergänzung der farblosen, parteiischen und einseitigen Daten sein, mit denen uns eine dem Menschlichen entfremdete Wirtschaft konfrontiert. Schüler und Professoren, besonders an den höheren Schulen und natürlich an den Universitäten, Techniker aller Gebiete, vor allem der Volkswirtschaft, Soziologie, Politischen Wissenschaften, Pädagogik, Medizin; Gläubige und Pastoren aller Religionen, atheistische Humanisten, Mitglieder aller politischen Parteien, die einen humanen Auftrag haben; junge Arbeiter und Gewerkschaftsführer; Journalisten von Funk und Presse, alle müssen sich in den entwickelten Ländern zusammentun, um lebendigen Anteil an der nächsten Versammlung der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung (UNCTAD) zu nehmen.

Die Hauptgründe dafür sollten sein:

- zweimal, zum ersten Mal in Genf, zum zweiten in Neu Delhi, haben die unterentwickelten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas versucht, zu einem Dialog mit den entwickelten Ländern zu kommen.
- Sie wollten, ohne Haß und Ressentiment mit Daten und Fakten, sagen und beweisen, daß der Reichtum der Überflußländer auf Kosten des Elends der armen Länder entsteht.

Angst vor der Wahrheit?

Warum die Wahrheit fürchten? Warum ihr entfliehen? Sollte es sein, weil der Wohlstand einiger reicher Länder oder aller reichen Länder seine Wurzeln im Elend und im Hunger von zwei Dritteln der Menschheit hat?

Wie steht es, ganz ehrlich zugegeben, um die internationale Handelspolitik unseres eigenen Landes?

Selbstverständlich vergesse ich auch nicht die schweren Sünden der unterentwickelten Länder: Auch hier gibt es dringende Gründe, ihr Bewußtsein zu wecken. Aber ohne eine Änderung in der Struktur in den reichen Ländern ist es nutzlos, einen Versuch der Strukturänderung in den armen Ländern zu unternehmen.

Men like its flavor
Women love its aroma

RUM and **MAPLE**
PIPE MIXTURE

2.50

Gratismuster *PLANTA* Berlin 61

Schritt zu einem lokalen Krieg. Hochgefährlich, weil man heute nicht mehr weiß, ob man mit dem Entfesseln eines vermeidlich lokalen Krieges nicht doch die völlige Vernichtung der Menschheit vorbereitet...

Eskalation der Gewalt

Wann werden den Völkern die Augen dafür aufgehen, daß die ursprüngliche Gewalt, die Ursachen aller Gewalten, in der allge-

Heiliger Krieg oder Klassenkampf?

Palästinenser zwischen westlichem und östlichem Imperialismus

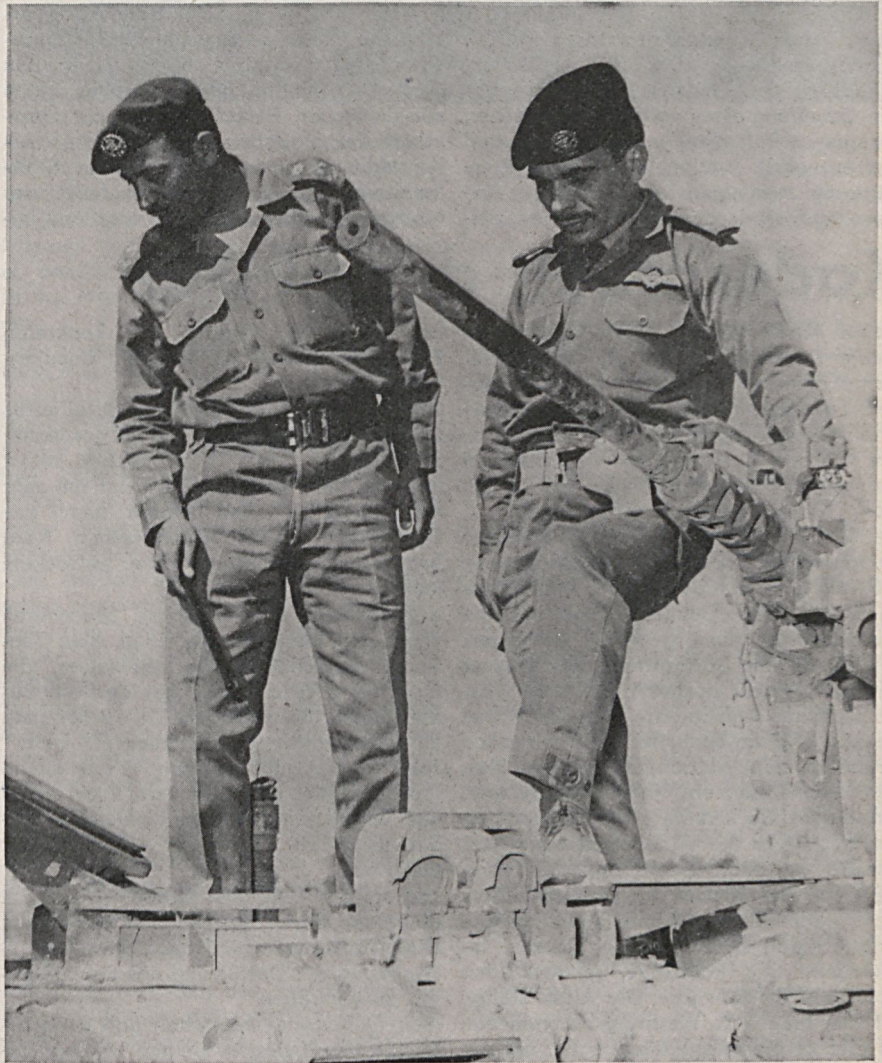
Die seit der „nationalen Katastrophe“ von 1948 herrschende Not und das Elend in den Flüchtlingslagern hatte in den vertriebenen Palästinensern die Überzeugung reifen lassen, daß von der nationalbourgeoisigen Regierung in Amman keine Veränderung ihrer Lage zu erwarten war, sie vielmehr bewußt in Armut und Elend gehalten wurden, um sie im Sinne der Machtpolitik als Druckmittel gegen den zionistischen Staat zu gebrauchen. Es wurde ihnen klar, daß sie ihre Sache selbst in die Hand nehmen müßten, und so organisierten sie sich in nationalen und revolutionären Befreiungsbewegungen. Das herrschende Kleinbürgertum solidarisierte sich zwar verbal mit dem Befreiungskampf, unterdrückte aber faktisch die Arbeiter und Bauern und hinderte sie, am Kampf teilzunehmen.

Das Erstarken dieser Befreiungsorganisationen nach dem Juni 1967, ihre feste Verankerung im palästinensischen Volk, ihre zahlreichen Aktivitäten in Jordanien, in israelisch besetzten Gebieten und in Israel selbst, gefährdeten die Macht und die Autorität der jordanischen Regierungsklique um König Hussein und unterwarf ihn einem immer stärker werdenden Druck von seiten des zionistischen Staates und der arabischen Reaktion, die ihn drängten, die „Störenfriede“ endlich kaltzustellen. Das Regim in Amman suchte nur nach einer günstigen Gelegenheit, die palästinensische Revolutionsbewegung zu liquidieren und seine eigene Machtposition und sein Ansehen zu festigen.

Den willkommenen Anlaß gaben die anarchistischen Flugzeugentführungen der Guerilla-Organisation um Georges Habash. Mit ideeller Rückendeckung der Weltöffentlichkeit, die über die Entführungen empört war, und sehr massivem Schutz der westlichen und israelischen Imperialisten — die israelische Armee stand kampfbereit an der Waffenstillstandslinie, die 6. US-Flotte kreuzte im östlichen Mittelmeer — wagte die neue von Hussein eingesetzte Militärregierung den ersten Schritt zur offenen Konterrevolution und versuchte mit unglaublich brutalen Mitteln, die palästinensischen Revolutionäre in ein paar Tagen zu vernichten. Doch die überraschten Guerillas nahmen den Kampf auf und bildeten unter Yassir Arafat eine Einheitsfront, obwohl es unter den verschiedenen Organisationen ideologische Differenzen gibt.

Die militärisch stärkste Gruppe ist die El-Fatah unter Arafat. Sie sieht den

Kampf unter einem nationalen Aspekt; ihr geht es um die militärische Vernichtung des israelischen Staates und nicht um die Abwehr und Vernichtung des Volksbefreiungsfront FPDLP mit Naye Hawatmeh als Führer; sie schult ihre Mitglieder in der Methode des Marxismus-Leninismus und betrachtet die Zer-



Hussein bei seinen Truppen

Imperialismus und den Sieg der organisierten Arbeiter und Bauern. Deshalb ist sie auch immer zu Verträgen und Kompromissen mit der arabischen Reaktion unter Hussein bereit.

Außerdem gibt es die marxistische Volksbefreiungsfront FPLP um G. Habah, der auch die meisten der arabischen Flugzeugentführer angehören.

Den Marxismus-Leninismus am konsequentesten vertritt die demokratische

schlagung des zionistischen Staates und die Bildung eines sozialistischen arabisch-jüdischen Palästina als ersten Schritt in der Vernichtung des Imperialismus und der Vollendung der proletarischen arabischen Revolution.

Resolutionsvorschlag der FPDLP (aus Al Djabha — die Front — 8. 1970): „Die (palästinensische) Nationalversammlung lehnt alle palästinensischen und arabischen chauvinistischen Lösungen vor und

nach dem Junikrieg 1967 ab, die sich zum Ziel setzen, die Juden abzuschlachten und sie ins Meer zu treiben... Die Nationalversammlung kämpft für eine volksdemokratische Lösung der Palästina- und Israel-Frage, das heißt: Beseitigung der zionistischen Struktur (Verwaltung, Polizei, Armee), Auflösung aller chauvinistischen, politischen und Gewerkschaftsorganisationen; Schaffung eines volksdemokratischen Staates in Palästina, in dem Juden und Araber ohne nationale Klassenunterdrückung zusammen leben können. Wegen der historischen Verbindungen zwi-

schen Palästina und den arabischen Völkern wird der palästinensische volksdemokratische Staat ein integraler Bestandteil einer demokratischen arabischen Föderation sein.“

Mit der FPDLP hat sich solidarisch erklärt die israelische sozialistische Opposition (Matzpen), die eine Lösung des Problems nur in der Schaffung eines sozialistischen Palästina unter der Herrschaft der jüdischen und arabischen Arbeiterklasse in einem arabischen Staatenbund sieht. Aus einer Resolution der Matzpen: „Israel wird zu einer anti-im-

perialistischen Außenpolitik übergehen und in der arabischen Welt die Kräfte in ihrem Kampf für Sozialismus und Einheit unterstützen. Der arabische Kampf für Einheit und Sozialismus muß in der Bereitschaft geführt werden, einen sozialistischen und nicht-zionistischen israelischen Staat als Partner in die Union der Staaten des Nahen Ostens aufzunehmen. Das Recht auf Selbstbestimmung der Israelis wird anerkannt.“ (Al Djabha — 8/1970).

Fortsetzung Seite 17

Kaderarbeit der FPDLP

Meine Arbeit besteht darin, Gruppen in jedem Dorf aufzubauen, die Zellen der Demokratischen Volksfront bilden können. Es macht nichts, wenn sie nur klein sind, das Wichtigste ist ein solider Kern. Die Dörfer in Nordjordanien haben im Durchschnitt 2000 Einwohner, die in der Mehrheit kleine Grundbesitzer sind.

Gestern bin ich mit allen Kadern zusammengetroffen, die im Norden des Landes arbeiten und die die gleiche Arbeit machen. Wir haben Bilanz gezogen und die Methoden und die Ergebnisse verglichen. In den meisten Dörfern fehlt das Wasser und es herrscht große Armut. Das Wasser wird aus Kanälen wie dem Ghorkanal gekauft und der Staat ist mit den großen Grundbesitzern verbündet, die den kleinen Grundbesitzern ihre Bedingungen auferlegen. So können wir vieles erklären und dabei von der Wirklichkeit ausgehen. Unseren größten Schwierigkeiten kommen von der Macht der Gewohnheiten, besonders bei den Alten. Aber es gibt Unterschiede zwischen den Bauern, individuelle und kollektive, je nach den Schichten, Dörfern usw. Die Alten stellen oft die Jungen zu niedrigen Löhnen ein, es gibt da Familienbedingungen, die ein schweres Problem sind. Es ist langwierig und schwierig, den alten Geist zu besiegen und neue Haltungen zu schaffen. Im Augenblick versuchen wir, so genau wie möglich die Unterschiede, die Haltungen und die Wünsche der verschiedenen Schichten der Bauernschaft zu untersuchen. Wir haben noch kein endgültiges Ergebnis, aber unser Ziel ist es, die arme Bauernschaft zu gewinnen.

In den 13 Dörfern, um die ich mich kümmere, haben sich schon Zellen gebildet. Diese Zellen haben drei Aufgaben:

1. die Ideen der Demokratischen Volksfront zu verbreiten, d. h. den Marxismus-

Leninismus im Rahmen der konkreten Probleme unseres Gebietes zu popularisieren;

2. neue Mitglieder durch beispielhaftes Handeln in jeder Beziehung zu gewinnen;

3. militärische Milizen zu bilden, selbst wenn es sich im Augenblick nur um sehr elementare Einheiten handelt, damit das Dorf einen politisch-militärischen Kern hat, der sich in Zukunft weiter entwickeln kann.

Wir verteilen einige Bücher: Broschüren von Lenin, Marx, Engels, Giap, Mao Tse-tung, Broschüren über Palästina, die Linie der FPDLP. Aber man darf die Bücher nicht überschätzen. Das Wichtigste ist die mündliche und praktische Arbeit. Jede Woche gibt es eine Versammlung der Dorfzelle, und dort wird über die in den vergangenen Wochen geleistete Arbeit diskutiert, und es wird über Politik diskutiert.

Die erste Arbeit einer Zelle ist es, sich auf einer klaren und soliden politischen Basis aufzubauen und dann die Klassenstrukturen des Dorfes und des Landes genau zu verstehen.

Man muß zuerst verstehen und dann arbeiten. Wir haben in einigen Dörfern begonnen, die kleinen Bauern davon zu überzeugen, daß sie auf ihren Feldern gemeinsam arbeiten. Das Produkt wird dann gleichmäßig unter der Anleitung der Partei verteilt. Für die, die zersplitterte Parzellen haben, ist es vorteilhaft, und es ergibt ein besseres Produkt. Aber das steht alles noch ganz am Anfang und wir werden das bei den Ernten 1970 richtig angehen.

Unser Ziel ist es natürlich, in den ungefähr 120 Dörfern hier in der Gegend um Irbid Fuß zu fassen. Das wird seine Zeit brauchen, im Gegensatz zu dem, was viele von uns am Anfang dachten. Es gibt

Dörfer, wo wir teilweise aus Unerfahrenheit und Ungeduld gescheitert sind.

Man muß sich Zeit nehmen, vieles zu erklären. Einige Zellen funktionieren gut, selbst wenn keine Parteimitglieder dabei sind, andere brauchen noch Hilfe. In den meisten Dörfern, in denen wir Zellen haben, wohnen Jordanier und Palästinenser, aber der Anteil der Palästinenser übersteigt nicht 10% — und in den Zellen sind die Jordanier bei Weitem in der Mehrheit. Die Arbeit mit den Palästinensern ist zwar leichter, aber bei ihren Klassenzielen und ihren eigenen Problemen wissen die jordanischen Bauern sehr genau, wo ihre Interessen liegen. Das Problem ist nur, ihnen zu einem klaren Bewußtsein zu verhelfen, und zu zeigen, daß man all das ändern kann.

Um die Arbeit in den Flüchtlingslagern in der Gegend El Hosson, Suf, Khियem-Irbid, kümmern sich andere Kader. In den Dörfern machen uns die jordanischen Stellen vor allem indirekt Schwierigkeiten. Sie sagen, daß die Feddayin Wilde und Bestien seien, Mörder, die die Bauern umbringen wollen, arbeitsscheue Diebe. Von der Demokratischen Volksfront sagen sie außerdem, daß wir gegen den Nationalismus sind, gegen die Religion und gegen Gott, und daß wir ihre Töchter verführen wollen. Wir, wir antworten darauf, indem wir mit den Bauern arbeiten und ihren Besitz, ihre Frauen und ihre Töchter respektieren. Wir schicken einen Arzt her, um, der kostenlos behandelt. Wir würden das gerne noch allgemeiner machen, aber dazu braucht man Mittel, wir würden gerne noch vielmehr Werkstätten schaffen, wo unsere Genossinnen den Mädchen das Nähen beibringen und wir würden gerne Schulen aufmachen, wo es keine gibt.

Aus: Gérard Chaliand, *La Résistance Palestinienne, Paris (Seuil) 1970, S. 130—132.*

Die israelische Linke steht einem übermächtigen Gegner, dem Zionismus, gegenüber; der rassistische — ein Offizier der israelischen Armee: „Wir haben die Kultur, warum sollen wir verschweigen, daß wir hier im Nahen Osten die Herrenrasse sind“ — und expansive Charakter — Eschkol nach dem Junikrieg 1967: „Wir brauchen mehr Juden in Israel, besonders in den Entwicklungsgebieten“ — des Zionismus hat fast alle Parteien und Organisationen von der rechten MERUT-Partei und Partei der Arbeiter MAPAI bis zur vereinigten Arbeiterpartei MAPAM, zur Gewerkschaft „Histadrut“ und den Kibbuzim durchdrungen. Deshalb ist es für die antizionistische Linke Opposition in Israel so schwer, in den Massen eine Basis zu schaffen.

Die zionistische Bourgeoisie in Israel besitzt in den jüdischen Großkapitalisten in Nordamerika einen mächtigen Verbündeten, weil die gleichen imperialistischen Interessen vorliegen: Ausbeutung des amerikanischen Proletariats da, der arabischen und jüdischen Arbeiter und Bauern dort. Die ideologische Rückenstärkung geht Hand in Hand mit sehr massiver materieller Hilfe, mit Waffenlieferungen, Krediten und Wirtschaftshilfe, wodurch Israel in völlige Abhängigkeit der US-Imperialisten geriet.

Bei dieser Betrachtung muß auch die Rolle des verstorbenen ägyptischen Präsidenten, Gamal Abdel Nasser, untersucht werden. Er ist aus der Armee durch einen Militärputsch 1952 an die Macht gekommen und war Vertreter der Kleinbourgeoisie. Daraus erklärt sich seine Haltung zur palästinensischen Revolution: Bis zum israelischen Aggressionskrieg 1967 war er die Vaterfigur des arabischen Nationalismus und galt als Führer der arabischen Staaten. Nach der Niederlage gegen die Zionisten fesselte er mehr und mehr sein Land durch riesige Waffenkäufe an die Sowjetunion und distanzierte sich von der immer stärker werdenden palästinensischen Befreiungsbewegung, konnte das aber wegen der arabischen Öffentlichkeit nur in versteckter Form tun. Er war ein Revolutionär in Worten, aber ein Kleinbürger und Opportunist in Taten. Sein offen konterrevolutionäres Verhalten zeigte sich in der Annahme des amerikanischen Rogers-Plans, womit er seine Bereitschaft zeigte, sich mit dem zionistischen Staat zu arrangieren und wodurch er dem Ziel der palästinensischen Befreiungskämpfer entgegen arbeitete.



Auch die Beileids- und Freundschaftserklärungen des Schreibtisch-Massenmörders Nixon und das Wehgeschrei der bürgerlichen Presse nach dem Tode Nassers geben ein deutliches Bild, was er den Imperialisten wert gewesen ist. Er hat der Revolution im Weg gestanden.

Die arabische Reaktion hat offen ihre Komplizenschaft mit dem Imperialismus amerikanischer, israelischer und sowjetischer Prägung in drei Etappen gezeigt: Einmal die nicht tatkräftige und nur verbale Unterstützung der Guerilla-Organisation und der Versuch, sie in die Interessen der arabischen Kleinbourgeoisie zu integrieren.

Zum zweiten der Versuch einiger arabischer Regierungen, sich mit dem zionistischen Staat zu arrangieren, ohne seinen imperialistischen Charakter zu bekämpfen.

Drittens: Als dies nicht gelang, mußte die Regierung in Amman unter Druck der amerikanischen und israelischen Imperialisten zuerst die Guerilla-Organisationen zerschlagen! Skrupellos setzte die neue Militärregierung in Jordanien die Armee auf die Palästinenser an und ließ die Flüchtlingslager bombardieren und mit Granatfeuer belegen, um sich den Imperialisten als Helfershelfer anzubiedern.

Aus dem Verhalten der Sowjetunion im Nah-Ost-Konflikt kann man erkennen, daß es ihr nur daran liegt, ihren Einfluß zu vergrößern und ihre Macht zu verstärken — Waffenlieferungen und finanzielle Bindungen einiger arabischer Staaten —; sie hat aber kein Interesse daran, die Völker in ihrem Kampf gegen den Imperialismus massiv zu unterstützen.

Der Konflikt im Nahen Osten ist also nicht, wie die bürgerliche Presse schreibt, ein arabischer Bürgerkrieg, sondern ein Klassenkampf.

Noch in den 50er Jahren standen in Jordanien dem Lager der Reaktionäre und Feudalreligiösen das Lager der National- und Kleinbourgeoisie als die damalige Gesellschaftsordnung

bestimmenden Klassen gegenüber. Die politische und ökonomische Abhängigkeit der arabischen Reaktion von den amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten und ihren Interessen bildete eine wesentliche Absicherung für den Staat Israel. Mit Bezeichnungen wie „Heiliger Krieg“ versuchten die jordanischen Reaktionäre die Gegensätze im eigenen Land und auch den Klassencharakter des arabisch-israelischen Konflikts zu vertuschen und aus ihm eine nationale Auseinandersetzung zu machen.

Von den 50er Jahren an spielte dann die aufstrebende National- und Kleinbourgeoisie ein progressive Rolle, indem sie die Machtpositionen der Feudalen zerschlug und selbst übernahm und die politisch-ökonomische Selbständigkeit des Landes vorantrieb. Heute jedoch ist sie ebenso wenig — wie auch schon im Juni 67 — in der Lage, der zionistischen Aggression wirksamen Widerstand zu leisten. Sie kann von ihrem Klasseninteresse her auch gar nicht bereit sein, die arabische Bevölkerung zum revolutionären Volkskrieg zu mobilisieren; so sucht sie ständig einen Kompromiß mit dem westlichen Imperialismus und dem zionistischen Staat und ist deshalb ein guter Garant für die bestehenden Verhältnisse im Nahen Osten. Sie ermöglicht den westlichen Interessenten die Ausbeutung des Landes und hemmt die palästinensischen Befreiungsorganisationen in ihrer Entwicklung und Entfaltung.

Heute steht der National- und Kleinbourgeoisie in Jordanien als zweite bestimmende Klasse die der unterdrückten palästinensischen und jordanischen Bauern und Arbeitern gegenüber, die sich zu einem Teil organisiert haben. Sie haben erkannt, daß sie das Bündnis der US-Imperialisten, Zionisten und arabischen Reaktionäre bekämpfen und im Interesse der unterdrückten Völker der Welt den Imperialismus zerschlagen müssen.

„Diese Meinung ist falsch!“

Wahlleiter Engel übergang Wahlberechtigte

Diejenigen in unserem Lande, die sich für die alleinigen Pächter der Demokratie ausgeben und oft genug auch dafür halten, geben uns immer wieder Anlaß zu erstauntem Aufmerken.

Waren es am 4. September 1969, als der Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Darmstadt, Heinz Reinhard, den Kommilitonen Vogel in einer Bürgerversammlung in der Bessunger Turnhalle ganz nonchalant mit „könnte auch Piepmatz heißen“ vorstellte und am 12. 2. 1970, als der Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt, Ludwig Engel (SPD), einen Anrufer in der Fernsehsendung „Wir schalten um nach Darmstadt“ ziemlich unverblümt als Idioten bezeichnete, waren das immerhin noch nur Verbalinjurien, so hat derselbe OB Engel seinen Untertanen vor der letzten Landtagswahl einen echt Darmstädter SPD-demokratischen Klops serviert, an dem sie noch lange werden würgen müssen.

Dieses war im Darmstädter Echo vom 5. 11. 1970 zu lesen:

Der OB habe dem Landeswahlleiter von Hessen widersprochen, der verkündet hatte, es beruhe auf technischen Schwierigkeiten, daß viele Studenten in Darmstadt nicht in die Wählerlisten eingetragen worden seien. In Darmstadt seien mit Nebenwohnsitz gemeldete Personen überhaupt nicht in die Wählerverzeichnisse aufgenommen worden, wußte der OB dagegen zu vermelden.

Der Landeswahlleiter (Peter Beckmann, Ministerialrat): „Jeder Einwohner Hessens, der zum Zeitpunkt der Landtagswahl am Sonntag länger als drei Monate in Hessen wohnt, ist wahlberechtigt – gleichgültig, ob er mit dem ersten oder zweiten Wohnsitz gemeldet ist.“ Die Tatsache, daß im Gegensatz zu Frankfurt, Marburg und Gießen in Darmstadt die mit zweitem Wohnsitz gemeldeten Bürger, also auch ein Großteil der Studenten, nicht in die Wählerverzeichnisse aufgenommen wurden, beruhe allein auf technischen Schwierigkeiten, betonte Beckmann.

Dazu OB Engel: „Diese Meinung ist falsch. Wer in Hessen an der Wahl zum Landtag teilnehmen kann, bestimmt das Gesetz, und zwar das Landtagswahlgesetz, dessen § 2 folgenden Wortlaut hat: ‚Wahlberechtigt zum Hessischen Landtag ist, wer am Wahltag 1. Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist, 2. das achtzehnte Lebensjahr vollendet und 3. seit mindestens drei Monaten vor dem Wahltag seinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Lande Hessen hat.‘

Da die Begriffe Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt weder im Wahlgesetz noch in der Wahlordnung (anders als im Kommunalrecht) näher erläutert sind und auch im Melderegister nicht nach Wohnsitz und dauernden Aufenthalt unterschieden wird, haben wir in Darmstadt wie bei früheren Wahlen, und wie es in den meisten hessischen Gemeinden geschieht, in das Wählerverzeichnis der Stadt von Amts wegen nur die Wahlberechtigten eingetragen, die in Darmstadt mit Hauptwohnung gemeldet sind, wobei wir von der Annahme ausgingen, daß die in einer Gemeinde mit Hauptwohnung gemeldete Person in dieser Gemeinde auch ihren dauernden Aufenthalt und Wohnsitz im Sinne des Wahlgesetzes hat. . .“

Nun hatte allerdings bereits im Jahre 1951 ein Gericht entschieden, daß für die Zuerkennung des Wahlrechts nicht die formelle Bezeichnung des Wohnsitzes (erster oder zweiter Wohnsitz) ausschlaggebend sei, sondern allein die Frage, ob der betreffende dort im echten Sinne des Wortes wohne. Ein solches Urteil in immerhin 19 Jahren zur Kenntnis zu nehmen dürfte auch von Westdeutschlands dienstältestem Oberbürgermeister nicht zuviel verlangt sein; zumindest, wenn er dies in seiner Eigenschaft als Kreiswahlleiter von seinem Landeswahlleiter - Vorgesetzten erfährt.

Die derart Übergangenen wurden nun zwar in der amtlichen Bekanntmachung über die Auslegung des Wählerverzeichnisses darauf hingewiesen, daß sie Einspruch erheben könnten, aber was soll's? Dieser Fall von Doppelstimmrecht ist einzig in der Bundesrepublik und wer liest schon Wahlbekanntmachungen, der festen Glaubens ist, daß sie ihn nichts angingen? Vor allem, wenn ihm andererseits zum Beispiel Wohngeld durch Gerichtsbeschuß verwehrt bleibt, weil er schließlich nur „vorübergehend abwesend“ von zu Hause sei?

Die Begründung Engels, die etwa tausend ohne Abmeldung weggezogenen Personen zu einer strafbaren Handlung aufgefordert zu haben, wenn er die etwa

6000 bis 7000 mit zweitem Wohnsitz in Darmstadt Gemeldeten in das Wählerverzeichnis aufgenommen hätte, ist ebenso albern wie absurd:

1. Tat er das durch die amtliche Bekanntmachung auch,
2. haben die Nichtabmelder sich schon vorher strafbar gemacht und
3. wird das in anderen Städten auch nicht so ausgelegt.

Von den im Sommersemester 1970 an der THD immatrikulierten 6241 ordentlichen Studenten waren 3810 Hessen und 520 Ausländer, also 1911 Nicht Hessen und „Deutsche im Sinne des Artikels 116, Abs. 1 des Grundgesetzes“. Sie und alle anderen in Darmstadt mit zweitem Wohnsitz gemeldeten nicht Hessischen Bundesbürger stehen nun vor der Frage, ob der

Aufruf zur Wahl

Ich stelle meinem Aufruf ein etwas verwandeltes Wort meines Rechtslehrers Friedrich Giese voran, der sich auch in einem Kommentar zur Weimarer Reichsverfassung maßgeblich geäußert hat: Wer nicht wählt, verletzt nicht das Recht, denn er verstößt gegen keine Vorschrift der Rechtsordnung. Wer nicht wählt, braucht sein Recht nicht auszuüben, er braucht von der ihm rechtlich zustehenden Berechtigung keinen Gebrauch zu machen. Aber er handelt nicht recht, weil er nicht richtig handelt. Das Verhalten des Nichtwählers entspricht nicht dem gemeingültigen menschlichen Urteil über das, was richtig ist.

Richtig ist es, zu wählen, sich für eine demokratische Politik zu entscheiden. Insoweit ist Wahlrecht Wahlpflicht, Pflicht sich für Freiheit, Menschenwürde, soziale Sicherheit und Humanität einzusetzen.

Deshalb rufe ich alle Wahlberechtigten auf, am 8. November von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, um richtig zu handeln.

*Dr. Ludwig Engel,
Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt
Kreiswahlleiter*

nächste Darmstädter Oberheiner (Heinz Winfried Sabais, SPD) sie auch von der Wahl auszuschließen versuchen wird, oder ob man das nächste Mal einfach nur alle eingeschriebenen oder namentlich bekannten CDU-Anhänger nicht in die Wählerverzeichnisse aufnimmt und auf den Beschwerdeweg verweist.

Gravierende Lage

Streik an der AfE Gießen

„Wollen Sie uns veräppeln? Das war die Reaktion der Studenten und Assistenten der Abteilung für Erziehungswissenschaften (AfE) an der Universität Gießen, als Dr. Volker Nitschke, Referent des Kultusministeriums für die beiden hessischen erziehungswissenschaftlichen Abteilungen in Gießen und Frankfurt, die Besucher einer Vollversammlung mit schönen aber hohlen Worten zu beschwichtigen versuchte. Nitschke bezeichnete sich als „Anwalt der AfE-Studenten und Anwalt des Kultusministeriums“ und sagte, er halte es nicht für richtig, daß man hier „in Katastrophenstimmung macht“ und nicht die Möglichkeiten zu einer Verbesserung der Situation zu nutzen versuche.

Die Situation stellt sich so dar: für dieses Semester meldeten sich rund 1000 neue Studenten an der AfE an. Dadurch erhöhte sich die Gesamtstudentenzahl auf 3800. Die AfE ist räumlich und vor allem personell aber nur für rund 2000 Studenten eingerichtet. Der Lehrkörper hat bloß 153 Mitglieder, mit anderen Worten, auf einen Lehrenden entfallen jetzt 25 Studenten. Am Seminar für Geographie beträgt das Verhältnis 1:100; der Wissenschaftsrat empfiehlt ein Verhältnis 1:10.

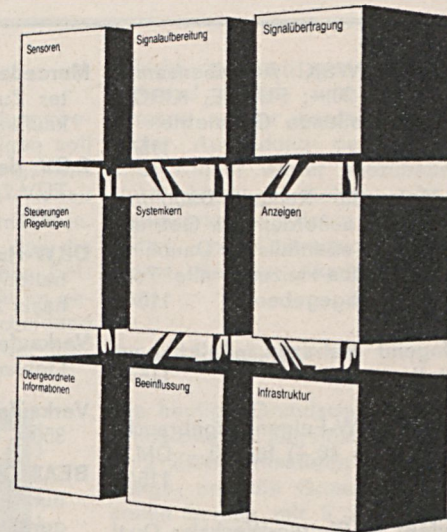
Schon seit Jahren wurde daraufhingewiesen, daß es zu dieser Situation kommen werde, wenn man nicht rechtzeitig genügend Personal einstelle. Aber aus dem Dringlichkeitsprogramm wurden dem AfE nur sechs Stellen bewilligt. Die 119 Stellen, die der Rat der AfE (bestehend aus Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten) beim Verwaltungsrat der Uni für 1971 beantragt hatte, wurden auf 30 zusammengestrichen. Insgesamt leitete der Verwaltungsrat von den 1180 Stellenanforderungen aus den Lehrstühlen und Instituten 300 an das Kultusministerium weiter. Der AfE wurde vom Verwaltungsrat also nur 10% des Stellenvolumens der Uni zugestanden, obwohl an ihr rund 40% der Gießener Studenten eingeschrieben sind und obwohl an den anderen Fakultäten im Wintersemester 69/70 das Verhältnis von Lehrenden zu Lernenden immerhin 1:8 betrug. Trotzdem meinte Meimberg, Rektor der Justus-Liebig-Universität Gießen, besonders an der AfE sei die Lage längst nicht so katastrophal wie sie dargestellt werde und nicht so gravierend wie an anderen Fakultäten.

Die AfE-Studenten hielten sie für gravierend genug. Sie sahen keine Möglichkeit für ein sinnvolles Studium und beschlossen zunächst den Boykott verschiedener Lehrveranstaltungen. Eine Vollversammlung, die von mehr als der Hälfte der AfE-Studenten besucht wurde, entschied sich mit großer Mehrheit für einen Streik.

Mehrere Arbeitsgruppen bildeten sich. Ein Teil dieser Gruppen nahm sich der Vermittlung der Streikziele an Außenstehende an; zum Beispiel wurde ein Brief an die Eltern der AfE-Studenten verfaßt und ein Informationsstand in der Stadt eingerichtet. Andere Gruppen arbeiten an Themen wie Bildungsmisere, Gesamtschule, politische Bildung und Emanzipation der Studentinnen. Am Mittwoch, 4. 11. 70, verhandelten Delegationen der AfE mit dem Kultusminister. Doch auf ihre Forderungen, die Zustände durch sofortige Maßnahmen zu verbessern, vermochte Friedeburg nur wenig anzubieten. Er versprach 50.000,- DM zusätzlich für Lehraufträge. Das bedeutet einen Gewinn von 60 Stunden Lehrzeit; 1000 Stunden wären notwendig.

Ansonsten mußte Friedeburg nicht mehr zu sagen als schon in den „Informationen und Mitteilungen“ des Kultusministeriums vom 20. Oktober: „...um gegenwärtige Schwierigkeiten zu überbrücken, bedarf es der Anstrengung aller Lehrenden und der verständnisvollen Mitarbeit der Studierenden.“ Was man sich darunter vorzustellen hat, hatte Referent Nitschke schon bei seinem Besuch in Gießen präzisiert: Das Kultusministerium habe nichts dagegen, wenn gewisse Randvorlesungen gestrichen würden, um Zeit für wichtigere Lehrveranstaltungen zu gewinnen.

Wenn irgendwo über die Lösung von Zukunftsaufgaben gesprochen wird,



ist über kurz oder lang die Systemtechnik von AEG-TELEFUNKEN im Gespräch.

Kernkraftwerke, Großrechenanlagen in Forschungsinstituten, Flugsicherungszentren, prozeßgesteuerte Stahlwerke, Verkehrsautomatisierung und Projekte der Raumfahrttechnik – das sind sichtbare Beweise für zielbewußtes Forschen und Entwickeln bei AEG-TELEFUNKEN. Sie haben die Voraussetzung dafür geschaffen, weitere Zukunftsaufgaben mit den Mitteln und Methoden moderner Systemtechnik schneller, rationeller und zuverlässiger zu lösen.

Unter einem System verstehen wir die Gesamtheit aller Komponenten, die logisch und technisch zusammenwirken, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Systeme zu realisieren erfordert deshalb die reibungslose Zusammenarbeit von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern der verschiedensten Fachgebiete in der Systemplanung und im Systemmanagement.

AEG-TELEFUNKEN hat frühzeitig die Vorteile der Systemtechnik erkannt. Beispiele für den hohen Stand unserer Technik finden sich im Transport-, Verkehrs-, Polizei- und Postwesen, in Luft- und Raumfahrt, Verwaltung und Industrie. Aber was

heute besser ist, kann morgen oder übermorgen gerade noch gut genug sein. Deshalb wird bei AEG-TELEFUNKEN Fortschritt groß geschrieben – in der Systemtechnik, auf allen Gebieten der Elektrotechnik und Elektronik.

Das ist Ihre Chance. Verwirklichen Sie Ihre Ideen bei uns in Forschung, Entwicklung, Berechnung, Planung, Projektierung oder im Vertrieb.

Wir beraten Sie gern, schreiben Sie an
AEG-TELEFUNKEN
Nachwuchs und Ausbildung
6 Frankfurt (Main) 70
AEG-Hochhaus
Telefon (0611) 6 00 41 59

AEG



Ihr Erfolg als Ingenieur bei
AEG-TELEFUNKEN

mini=markt

- Verkaufe:** OSTROWSKI: Aufgabensammlung Bd. I DM 20,-; FUCKE, KIRCH, NICKEL: Darstellende Geometrie, DM 7,- 115/04
- Verkaufe Motor** für Renault Dauphine-Gordini, 36 PS, außerdem ein Getriebe u. einen Kühler ebenfalls für Dauphine, ferner eine Sofica-Heizung; alle Teile werden billig abgegeben! 115/02
- Suche dringend Matrasen** möglichst mit Bettgestell. 115/06
- Zu verkaufen:** 2 VW-Felgen, ungebraucht, fabrikneu (Preis 46,-) für 40,- DM. 115/07
- Zu verkaufen:** 10 Platten-Wechsler Dual, z. Anschluß an jedes Radio (ohne Lautsprecher) nur DM 55,-; neuwertiges Fernglas 10x50 mit Tragetasche DM 55,-. 115/08
- Fototasche zu verkaufen** DM 20,-. 115/09
- DKW F 11,** TÜV bis August 1972, Wintergürtelreifen, AT-Getriebe, nagelneuer Anlasser, eventuell Radio, Motor defekt, billig abzugeben. 115/10
- Opel P 2,** Baujahr 62, TÜV Juni 71, preiswert abzugeben. 115/11
- Transportprobleme?**
Transporte jeder Art zu jeder Zeit mit Ford Transit.
Preise nach Vereinbarung.
M. Marsch, Erbacher Straße 10
- Mercedes 190 C/1964,** hellblau, sehr guter Zustand, TÜV 7/72 sofort zu verkaufen. 115/12
- 2 CV de Luxe** zu verkaufen, Bauj.: 65, TÜV 7/71, 67 500 km, Verhandlungsbasis 2000,- DM. 115/13
- DKW-Hummel,** (Zweisitzer, sehr gut erhalten), zu verkaufen, Verhandlungsbasis 235,- DM. 115/14
- Verkaufe Schreibmaschine** mit Tabulator, Liebhaberstück mit Schrägschrift. 115/15
- Verkaufe Karmann-Ghia,** Baujahr 59, 350,- DM. 115/16
- BEAT-ORGEL! „Philicorda“**, neuwertig – nur wenige Monate gespielt, Koffergerät, Neupreis 1690,- DM für 900,- DM abzugeben. 115/17
- 2CV zu verkaufen,** Baujahr 1966, 88 888 km, TÜV 6/72, neue Bremsbeläge, neue Kreuzgelenke, ca. DM 1400. 115/18
- Verkaufe Alfa Romeo,** Guilia Sprint GT 1600, 102 PS, 1600 cm³, 85 000 km, neue Maschine gefahren 20 000 km. 115/19
- EKO-Westerngitarre,** mit eingebautem Tonabnehmersystem, zu verkaufen, DM 150,-. 115/20
- Suche Stereo-Plattenspieler** z. Anschluß an Stereo-Verstärker, Preis bis DM 150,-. 115/21
- VW 1200 zu verkaufen,** Baujahr 64, 34 PS, 75 000 km gelaufen, bahamablauf, TÜV Okt. 72, ausgezeichnete Zustand, Verhandlungsbasis 1500,- DM. 115/22
- Zu verkaufen,** 2 gut erhaltene Felgen für Fiat 850 N 115/23
- 6x6 FANS!** Rolleiflex 2,8 F (Zeiss Planar), sehr guter Zustand, mit ca. DM 18,- auf den neuesten Stand zu bringen (Schnittbildindikator) + Rolleikin Kleinbilddinrichtung + Filter + Taschen, Listenpreis gesamt rund DM 1900,- für DM 900,- zu verkaufen. 115/03
- Suche zum Frühjahr Zimmer** bis 90 Mark, möglichst mit fließend Wasser; Heizung beliebig, möglichst Hochschulnähe. W wird was frei? 115/01
- Wer verschenkt** oder verkauft (bis 20,- DM) Schreibtisch, möglichst groß? Wulf van Riesen, Pfungstadt, Rheinstraße 124, Tel. 06157/3958.
- Studenten suchen dringend Fahrer** für Professor, damit der Assistent entlastet werden und wieder pünktlich Seminar halten kann. Angebote unter 115/05.

Berlinreise

Wer Lust hat, in Berlin einen Sylvesterball mitzumachen und sich dort sonst irgendwie betätigen will, kann mit dem Jugendferienwerk e. V., 66 Saarbrücken 3, Bahnhofstraße 105, vom 28. 12. 1970 bis 2. 1. 1971 für DM 192,- von Hannover oder für DM 269,- von Frankfurt aus nach Berlin fliegen, sofern er/sie zwischen 18 und 30 Jahre alt ist. Unterkunft im Studentenhotel mit Halbpension. Weitere Auskünfte sind unter der oben angegebenen Adresse erhältlich.

Betrifft: mini=markt

Als Leserservice – oder Lebenshilfe, ganz nach gusto – drucken wir von dieser Ausgabe an Kleinanzeigen ab – zu Kleinpreisen. Wenn jemand also sein Auto, seine Bude, Bücher, Skripten oder eine Mitfahrgelegenheit feilzubieten hat, wenn er sowas oder einen Eintänzer fürs Hochschulfest sucht oder jemanden, bei dem er seine Oppelt-Übungen abschreiben kann, dann sollte er bei uns eine Kleinanzeige aufgeben. Einheitstarif bis auf weiteres: DM -,50 pro Inserat; wenn die Dinger dabei zu umfangreich werden, müssen wir uns was anderes einfallen lassen. Also bitte möglichst nicht mehr als 10 Zeilen (ca. 400 Schreibmaschinenanschläge).

Die Anzeigen können unter Chiffre oder mit Adresse aufgegeben werden. Für Chiffreanzeigen bieten wir unseren ff Antwortzettelservice: Absender und Sermon drauf, Chiffrenummer eintragen, ausschneiden und in Hauspostbriefkasten werfen (am Haupteingang; nicht in den gelben, staatlichen, sondern

in der Holzkiste an der Poststelle!). Wer seine wertvolle dsz nicht zerschnipseln will, kann natürlich auch eine Postkarte nehmen (per Hauspost portofrei).

Die Anzeigenmanuskripte sollten in der Redaktion abgegeben werden (Mensa-Ostflügel, gegenüber dem Auslandsamt), dort können auch die Nachfragen in Empfang genommen werden; das alles wochentäglich ab 12.30 (morgens studieren wird).

Für diese Ausgabe haben wir, damit man mal was sieht, ein paar von den Aushängen im Mensakeller übernommen. Wir glauben, daß die Kleinanzeige im Minimarkt mehr Erfolg bringt. Der Antwortzettel ist auf Seite 21 zu finden. Die Kommilitonen, deren Angebote und Nachfragen wir (diesmal kostenlos) veröffentlicht haben, können sich die Antworten ein paar Tage nach dem Erscheinungstermin abholen.

Die nächste Ausgabe erscheint um den 10. 12. 70. Anzeigenschluß ist am 30. 11. 70.

Berg und Maus wohlauf

Bildungsplan legt Strukturplan vor

In ihrem „Strukturplan“¹⁾ hat die Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates Empfehlungen für die Neuordnung (und Finanzierung) des Bildungssystems der Bundesrepublik vorgelegt. Der 406 Seiten starke Plan gliedert sich in einen theoretischen Teil, in dem grundlegende Erkenntnisse der Lerntheorie und der systematischen Erforschung der Lehrinhalte und Lehrmethoden dargestellt werden, und einen Teil, der die organisatorischen Konsequenzen aus diesen Ergebnissen ziehen soll.

Bei der Lektüre des ersten Teils stellt man befriedigt fest, daß es das vordringliche Anliegen der Kommission zu sein scheint, die Chancengleichheit aller Bürger auf dem Gebiet des Bildungswesens zu erreichen.

Die lernpsychologischen und bildungswissenschaftlichen Forschungsergebnisse werden dahin zusammengefaßt, daß es die Umwelt ist, die den entscheidenden Beitrag für die geistige Entwicklung des Menschen leistet. Der Behauptung reaktionärer Bildungspolitiker, Arbeiterkinder seien eben von Natur aus dümmer und gehörten deshalb auf die Volksschule und in die praktischen Berufe, wird damit die Grundlage entzogen.

Die Umsetzung dieser Forschungsergebnisse in die schulische Wirklichkeit wurde allerdings in einigen entscheidenden Punkten der Tradition oder außerschulischen Interessen geopfert.

¹⁾ Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, Strukturplan für das Bildungswesen, Stuttgart 1970.

Elementarbereich

Der Elementarbereich des Bildungswesens für die Drei- und Vierjährigen soll nach den Vorschlägen des Bildungsrates durch die Umwandlung und den Ausbau der heutigen Kindergärten entstehen. Man folgt damit der Erkenntnis, daß die frühe Kindheit für die individuelle Entfaltung und die Chancengleichheit im gesellschaftlichen Wettbewerb entscheidend ist. Allerdings soll der Besuch der Ele-



mentarstufe – mit Hinweis auf das von konservativen Politikern dauernd bemühte Elternrecht – freiwillig bleiben. Damit aber wird der Erfolg dieser Einrichtung fraglich; wie die Erfahrung zeigt, werden die Kinder der benachteiligten Unter-

schicht nur zum geringen Teil erfaßt, während Mittel- und Oberschicht die Chance nutzen werden, durch vorschulische Ausbildung den Startvorsprung ihrer Kinder weiter auszubauen. (Unter Unterschicht verstehen wir Arbeiter, Handwerker und kleine Angestellte; unter Mittel- und Oberschicht höhere Angestellte, Beamte, Akademiker, Unternehmer)

Primarbereich

Die heutige Grundschule soll durch den Primarbereich abgelöst werden, der sich in 2 Zweijahresstufen gliedert, die Eingangs- und die Grundstufe. Die Kinder sollen bereits mit 5 Jahren eingeschult werden, da „die veränderte Auffassung von der Lernbereitschaft und -fähigkeit des Kindes, die nachteiligen Folgen einer Vernachlässigung dieses frühen Lernbedürfnisses und allgemeine bildungspolitische Zielsetzungen“ (S. 126) eine Verlegung des Einschulungstermins geraten erscheinen lassen. In der Eingangsstufe sollen durch gezielte Förderung die Unterschiede in den Lernvoraussetzungen, bedingt durch Herkunft und soziale Umwelt, abgebaut werden. In der Grundstufe sollen die Schüler dann nach „einem einheitlichen Grundprogramm besser gefördert werden“ (S. 129). Die Schlagworte für den Primarbereich lauten: „Fördern statt Auslesen“ und „Chancengleichheit“. In der Theorie klingt das ganz gut, in der Praxis sieht es

Absenderangaben:

Antwortkarte Minianzeigen

darmstädter
studentenzeitung

61 Darmstadt
Hochschulstraße 1

Minimarkt

Anz. Nr.: /

dann aber so aus: „Besonders lernbereite Kinder“ können die einzelnen Stufen eher verlassen. „Der Wechsel muß durch Stütz Kurse abgesichert werden“ (S. 132). Das Hintertürchen für ehrgeizige Eltern bleibt offen, die Chancengleichheit wird nur auf dem Papier verwirklicht. Denn diese lernbereiten Kinder sind genau wieder diejenigen, deren Eltern darauf achten, daß sie eine gute Ausbildung bekommen, die Kinder des bildungsbe- wußten und leistungsorientierten Mittelstands. Und das, obwohl wissenschaftliche Untersuchungen ergeben haben, daß durch ein laufendes Zusammensein von durchschnittlichen und sehr guten Schülern einer Alterstufe die durchschnittlichen besonders gefördert und die sehr guten in ihrer Leistung nicht behindert werden. (Siehe dazu: Weinert (Hrsg.), Pädagogische Psychologie, Köln, Berlin, 1969 und Deutscher Bildungsrat (Hrsg.), Begabung und Lernen, Gutachten und Studien der Bildungskommission, Band 4, Stuttgart 1969)

Orientierungsstufe

Die 2-jährige Orientierungsstufe, die je nach den Bedürfnissen der jeweiligen Länderregierungen dem Primar- oder dem Sekundarbereich zugeschlagen werden kann, löst die in einigen Bundesländern bereits eingerichtete Förderstufe ab. In diesen 2 Jahren soll dem Schüler die Möglichkeit geboten werden, „über sich und seine Bildungsmöglichkeiten“ (S. 143) klar zu werden. Hier soll die Differenzierung

des fachlichen Angebots und der Unter- richt in der ersten Fremdsprache ein- setzen. Allerdings soll der Fremdspra- chenunterricht in „äußerlich differenzie- renden Leistungskursen“ erfolgen (S. 142). Die Kinder der Unterschicht haben wie- der das Nachsehen. Die Kanalisierung in Hauptschule, Realschulen und Gymnasien (die nebeneinander bestehen bleiben, je- doch in einem „Verbundsystem“ koope- rativ zusammenarbeiten sollen) wird von einer punktuellen Prüfung auf eine zwei- jährige Frist ausgedehnt. Die Kriterien für diese Kanalisierung sind durch die schulische Leistung gegeben, die wieder- um von den häuslichen Umständen ent- scheidend beeinflußt wird; denn von Ganztagschulen ist im Strukturplan keine Rede. Durch diese scheinbar objektive Auslese wird einerseits verhindert, daß sich die schichtenspezifische Struktur des Bildungssystems ändert (Mittelschicht- und Oberschichtkinder aufs Gymnasium, Unterschichtkinder in die Haupt- und Real- schulen), andererseits wird Kindern und Eltern aus der Unterschicht mit Hilfe der pseudowissenschaftlichen Auslese nach Leistung eindringlich klargemacht, daß sie nur zu einer praktisch orientierten Aus- bildung befähigt sind. Damit bleibt die Funktion der Schule erhalten, nämlich die bestehenden Gesellschaftsschichten zu reproduzieren.

Sekundarstufe I

Die Sekundarstufe I umfaßt das 5. bis 10. Schuljahr, beziehungsweise das 7. bis 10.

Schuljahr, falls die Orientierungsstufe dem Primarbereich zugeordnet ist. Sie soll von allen Kindern und Jugendlichen besucht werden. Der Schulabschluß wird mit 15 Jahren erreicht, es besteht die Möglichkeit, als formale Qualifikation eine Prüfung, nämlich das Abitur I, abzulegen. Warum der immerhin gleiche Stoff der Sekundarstufe I in verschiedenen Schul- typen vermittelt werden soll, ist unerfind- lich. Es sei denn, man betrachte die Aus- lese der Orientierungsstufe als endgül- tig und wolle die Schüler nun auf das einmal festgelegte Bildungsziel pro- grammieren.

Der Bildungsrat wurde 1965 durch ein Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesregierung und den Regierun- gen der Länder errichtet. Der Deut- sche Bildungsrat besteht aus einer Bildungskommission und einer Re- gierungskommission. Er arbeitet mit dem Wissenschaftsrat zusammen.

Die Bildungskommission hat die Auf- gabe, Bedarfs- und Entwicklungs- pläne für das Bildungswesen zu ent- werfen, Vorschläge für die Struktur des Bildungswesens zu machen, den Finanzbedarf zu berechnen und Empfehlungen für eine langfristige Planung der verschiedenen Stufen des Bildungswesens auszusprechen. Die Bildungskommission besteht aus achtzehn Mitgliedern, die vom Bun- despräsidenten berufen werden. Vier- zehnte Mitglieder werden durch die Ministerpräsidentenkonferenz be- nannt, davon drei auf Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände. Wei- tere vier Mitglieder werden von der Bundesregierung benannt.

Die Bildungskommission legt ihre Vorschläge und Empfehlungen erst nach Beratung mit der Regierun- gskommission vor.

Die Länder entsenden in die Re- gierungskommission je einen Vertre- ter. Die Bundesregierung entsendet vier Vertreter, drei weitere Vertreter berufen die Ministerpräsidenten auf Vorschlag der Kommunalen Spitzen- verbände.

Neptun bittet zu Tisch

Fischrestaurant Hamburg
Darmstadt, Landgraf-Georg-Str. 17
durchgehend warme Küche
von 11.00 bis 1.00 Uhr

Immer etwas Besonderes

Alte Tenne
Darmstadt, Landgraf-Georg-Str. 7

Alte Tenne
Darmstadt, Pallaswiesenstraße 19

Die Restaurants mit besonderer Note

Betr.: Wohnen

Leserbrief

Sehr geehrter Herr Straub!

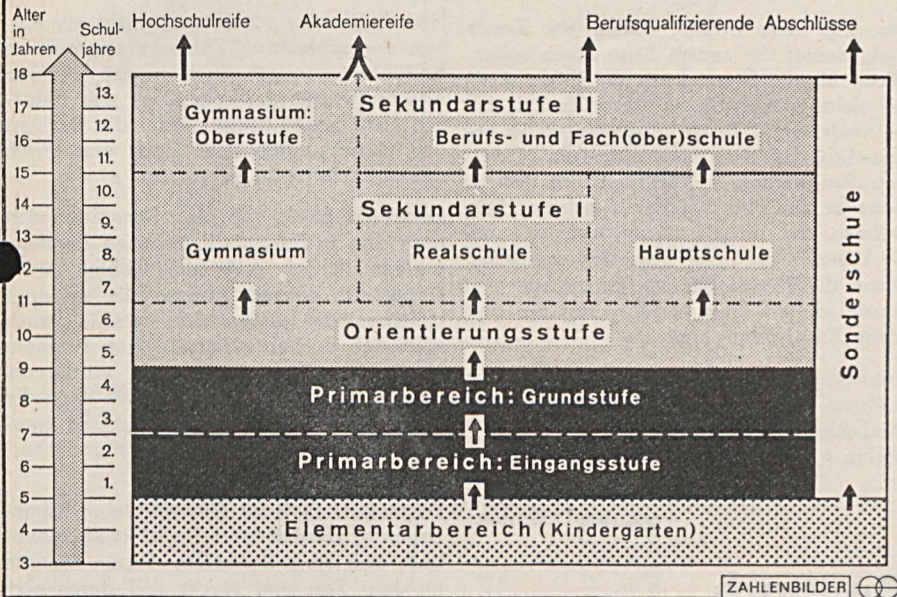
Als Verantwortlichem für die „Darmstädter Studentenzeitung“ möchte ich Ihnen folgendes mitteilen. Sie bringen in Ihrer Ausgabe Juli 1970, Nr. 113/114 einen Artikel über Wohnungssituation für Studenten, die, und das möchte ich Ihnen bestätigen, recht traurig ist. Daß Sie jedoch ein bestimmtes Zimmer in meinem Haus angreifen, scheint mir weniger aus dem Wunsch, soziale Mißstände aufzudecken, als aus der Absicht, „mir eines auszuwischen“ entstanden zu sein. Dies liegt auch ganz auf der Ebene eines anonymen Briefes, welcher Beleidigung und Nötigung enthielt und in welchem es hieß, man werde mich noch an die Öffentlichkeit ziehen. Das haben Sie nun hiermit getan.

Sollte ich mich irren, dann möchte ich Sie fragen, warum Sie mich nicht hörten. Ich hätte Ihnen im Beisein des Mieters eine Erklärung bezüglich der Ausstattung des Zimmers geben können. Ich habe mehrere Zimmer zu DM 100,—, die besser ausgestattet sind, und Zimmer bis zu 30 qm, die natürlich etwas mehr kosten. Ich hatte dem Mieter des Mansardenzimmers schon früher ein anderes Zimmer angeboten. Ferner wollte ich Liege und Schrank sowie das kleine Sofa austauschen. Doch wenn man mir sagt, man möchte die alten Sachen gerne behalten, dann bitteschön, ich lasse den Herrn ihren Wunsch. Wenn er sich in dem Zimmer nicht wohlfühlt hätte, er wohnt schon 2 Jahre darin, wäre ihm bei monatlicher Kündigung sicher nicht schwer gefallen, ein anderes Zimmer zu finden.

Ich habe neue Lampen bereit liegen, aber wenn man diese nicht will, oder vorhandene Deckenleuchten abmontiert, um eine moderne Stallaterne und ähnliche Beleuchtungskörper aufzuhängen, bitte wie beliebt. Ich störe mich nicht daran, daß vorhandene Bilder durch Plakate ersetzt, oder die Matratzen auf den Fußboden gelegt werden. Ich stehe auch nicht um 22 Uhr an der Haustür, um aufzupassen, ob noch Damenbesuch kommt. Andere Beispiele aus Ihrem Abschnitt „Indiskutable und gesetzwidrige Mietverträge und Hausordnungen“ können Sie genau so wenig auf mein Haus anwenden.

Die Gemütlichkeit hört aber auf, wenn, wie schon vorgekommen, Studenten in den Ferien ihr Zimmer ihren Freundinnen überlassen und Frauen mit Kindern in einem vermieteten Studentenzimmer kampieren, wenn die ganze Nacht Partys gefeiert werden, Hof u. a. vollgekotzt werden, Gläser zum Fenster rausfliegen und am anderen Morgen die Polizei kommt und die Nachbarn sich beschweren. Dann, das werden

Schulaufbau nach dem Plan des Deutschen Bildungsrates (1970)



Sekundarstufe II

Auf die Sekundarstufe I folgt die dreijährige Sekundarstufe II. Der Sekundarstufe II sind Gymnasium, Fachoberschule, Berufs- und Fachschulen zugeordnet: Bildungseinrichtungen, die auch heute die Endstufe des sekundären Schulbereichs abdecken. Das Abitur II – es berechtigt zum Eintritt in die Universitäten und Fachhochschulen – kann am Gymnasium und möglicherweise auch an der Fachoberschule erworben werden. „Die Sekundarstufe II ist in sich wesentlich stärker differenziert als die zuvor behandelten Teile des Bildungswesens, wobei der unterschiedliche Grad von spezifischer Berufsbezogenheit und spezifischer Studienbezogenheit das wesentliche Merkmal der Differenzierung ist.“ (S. 163) Das Abitur II berechtigt nicht zur Wahl eines beliebigen Hochschulstudiums, da die Spezialisierung bereits in der Schule durch Wahl zwischen verschiedenen Zweigen einsetzt.

Im allgemeinen Teil fordert der Bildungsrat die Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung. Aber in seinen Vorschlägen für die Organisation der Sekundarstufe II beläßt er es bei der jetzt auch schon bestehenden Trennung von gymnasialen und beruflichen Bildungsgängen. Seine Vorschläge für die sogenannte

„berufliche Erstausbildung“ bleiben vage und verschwommen. Er entspricht damit genau den Interessen der Großindustrie, die nicht daran interessiert ist, die Berufsschule in den Sekundarbereich II einzugliedern, sondern immer mehr bestrebt ist, die theoretische Ausbildung in werkseigene Schulen zu verlegen.

Das pluralistisch zusammengesetzte Organ Bildungsrat hat keine Entscheidung getroffen: „Die Aussage des Strukturplans ist ein Kompromiß“ (S. 15). Nach wie vor können also Konservative wie Progressive ihre Meinungen mit Zitaten aus Veröffentlichungen des Bildungsrates stützen. Der Bildungsrat hat sich gescheut, die wissenschaftlichen Ergebnisse, zu denen er gekommen ist, konsequent in organisatorische Modelle umzusetzen. Es konnte ihm auch gar nicht gelingen, da er von seiner Zusammensetzung her die Interessen von Staat und Wirtschaft vertritt, die die enormen bildungspolitischen Investitionen der Zukunft nicht im Sinne einer fachlichen und schon gar nicht einer politischen Emanzipation der Unterschicht verwenden wollen, da dies ihre Existenz in der jetzigen Form bedrohen könnte. Vielmehr sind die praktischen Reformvorschläge des Bildungsrates darauf angelegt, die Privilegien derer zu erhalten, die die wirtschaftliche und politische Macht besitzen.

auch Sie zugeben, sind Kündigungen berechtigt.

Daß, wie Sie meinen 6 Personen nicht mit einer Dusche und 4 Waschbecken auskommen können, verstehe ich nicht. Ein Luxusappartement kann ich gewiß nicht für den Preis zur Verfügung stellen. Die Mieten sind bei mir nicht überhöht und richten sich nach den in Darmstadt üblichen Preisen. Für die gemeinsam genutzten Räume, Fenster und gelegentliche gründliche Reinigung der Zimmer entfallen je möbl. Zimmer mtl. je rund DM 8,—. Die Nebenkosten werden selbstkostend berechnet, und jeder Mieter hat Einsicht in die Berechnung. Die Heizungskosten liegen unter den Erfahrungswerten (jeder Mieter zahlt den gleichen Preis). Ich muß im Winter Tag und Nacht durchheizen, weil viele Herren nachts arbeiten wollen.

Und wenn der Schreiber rechnen könnte, kämen auch keine DM 1500,— monatlich heraus, ganz davon abgesehen, daß auch einmal ein Zimmer leersteht.

Da ich nicht nur 1 Zimmer als Privatmann vermiete, sondern 12 Zimmer, muß ich diese Einnahmen dem Finanzamt melden und habe dadurch noch erhebliche steuerliche



Lasten zu tragen. Das Studentenwerk bekommt aber für seine Wohnheime Subventionen und braucht keine Steuern zu bezahlen.

Außerdem möchte ich Ihnen noch sagen, daß nicht Profitgier, wie Sie schreiben, Veranlassung war, die Wohnung als möblierte Zimmer zu vermieten, sondern daß das Studentenwerk mich veranlaßte, die seinerzeit freigewordene Wohnung, welche ich mit erheblichem Kostenaufwand modernisieren

ließ, so zu verwenden, um die Zimmernot der Studenten zu lindern.

Sie, s. g. Herr Straub, hätten also besser auch einmal die andere Seite hören sollen. Wenn ich die Konsequenz aus Ihrem Artikel ziehe, müssen Sie zu gegebener Zeit für 12 Studenten 12 Buden beschaffen. Es ist bedauerlich, daß dann auch diejenigen Herren betroffen werden, welche schon seit dem 1. Semester und über 2 Jahre in meinem Haus wohnen und deshalb anzunehmen ist, daß sie keinen Grund zur Beanstandung haben. Wenn die Herren aus den Ferien kommen, werde ich mit ihnen darüber sprechen und meine Entscheidung treffen.

Inzwischen bitte ich meinen Brief in der nächsten Nummer der Studentenzeitung zum Abdruck zu bringen.

Meine Angaben kann ich belegen.

Hochachtungsvoll
gez. Emil Schneider

Dennoch

Nach schlechten Mietverhältnissen muß man in Darmstadt nicht suchen, man braucht nur ins Volle zu greifen. Es war deshalb auch nicht notwendig, von bekannter oder anonymer Seite auf Herrn Schneider hingewiesen zu werden. Leider schweigen die meisten Mieter aus Angst vor der Kündigung, und die Buden sind knapp.

Von dem anonymen Brief haben wir durch Herrn Schneider Kenntnis genommen.

Herr Schneider vermietet tatsächlich noch bessere Zimmer in seinem Haus. Nur ist eben jenes Zimmer, das in dem Artikel „Hohe Mieten, miese Buden“ in der dsz 113/114 angegriffen wurde, allein schon im Vergleich zu den anderen von Herrn Schneider vermieteten Räumen zu teuer.

Der Hausbesitzer hat andere Möbel erst nach dem Erscheinen des Artikels angeboten. Die schmale Liege wurde inzwischen gegen ein Bett umgetauscht. Der Mieter hat zwar nicht ausdrücklich eine andere Möblierung gefordert, aber hat auch nicht behauptet, daß er die alten Sachen gerne behalten möchte.

Die alte Deckenleuchte war von der vorherigen Mieterin abmontiert worden, weil sie ihr gehörte. Lampen wurden vom Hausbesitzer erst dann angeboten, als der neue Mieter schon einige Zeit einge-

zogen war und sich Lampen gekauft hatte.

Herr Schneider scheint sich nicht nur wegen des schlechten Zimmers angegriffen zu fühlen, sondern auch wegen anderer Abschnitte des Artikels. Dies war natürlich nicht beabsichtigt, erfuhr die dsz von den Kündigungen usw. doch erst durch das obenstehende Schreiben.

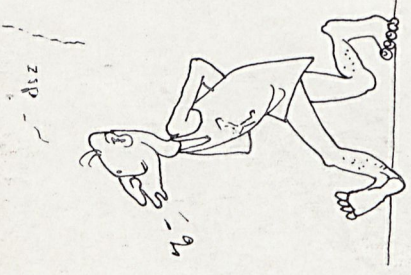
Es ist glaubhaft, daß Herr Schneider sich nach den in Darmstadt üblichen Zimmerpreisen richtet. Auf dem Gebiet ist Darmstadt einiges üblich. Die anderen Hausbesitzer richten sich natürlich auch nach den in Darmstadt üblichen Preisen; und alle wollen möglich viel verdienen. Wen nimmt es da Wunder, daß dann die Darmstädter Wohnungssituation so traurig ist, wie Herr Schneider freundlicherweise zugibt.

Darmstadt zählt zu den wärmsten Klimazonen in Deutschland. Es ist kaum glaubhaft, daß Herr Schneider sieben Monate im Jahr Tag und Nacht voll durchheizt. Außerdem liegt der Erfahrungswert für monatliche Heizkosten in Räumen von 35 bis 40 cbm bei 15 DM — allerdings für Öfen, nicht für Ölheizung. Das beanstandete Zimmer ist maximal 25 cbm groß.

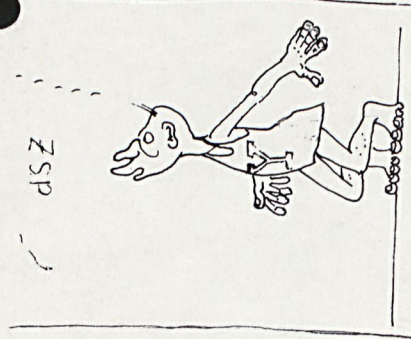
Hausbesitzer pflegen ihre „Arbeit“, Zimmer zu vermieten, auch dann noch als soziale Großtat zu sehen, wenn sie dabei ein monatliches Bruttoeinkommen von ungefähr 1400 DM haben — den genauen Betrag hat Herr Schneider leider nicht genannt. Eine einmalige Geldausgabe wie die sogenannte Modernisierung der Wohnung — Einrichtung einer Dusche, Renovierung der Küche und Nicht-Renovierung der Zimmer — rechtfertigt allein schon teure Mieten.

Die Konsequenz, die Herr Schneider am Ende seines Schreibens zieht, bedarf keines Kommentars. Herr Schneider hat das inzwischen wohl auch eingesehen, nachdem ihm seine Mieter keine Loyalitätserklärung überreicht haben.

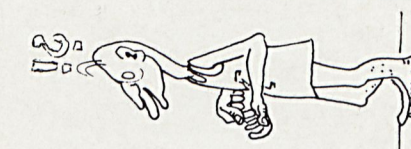
Den Aussagen der studentischen Mieter zufolge soll sich das Verhältnis zum Hausbesitzer nach dem Artikel gebessert haben. Herr Schneider berechnet inzwischen Heizkosten außerhalb der sieben Darmstädter Wintermonate nicht mehr extra, hat einen Erdgas-Herd angeschafft und, wie schon erwähnt, alte Möbel gegen bessere ersetzt. An den Mietpreisen hat er nichts geändert.



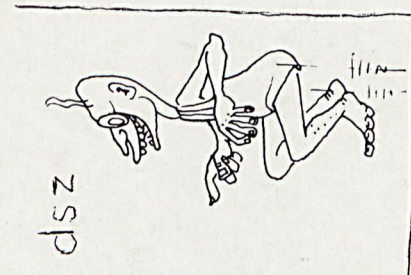
dsz



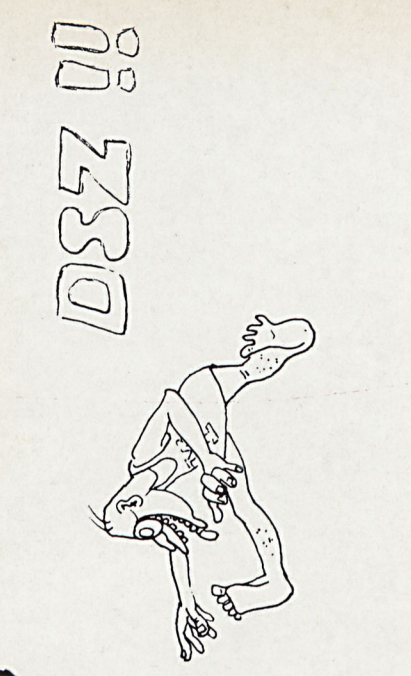
dsz



dsz



dsz



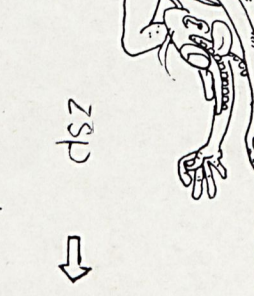
DSZ !!



dsz



dsz



dsz



dsz



REDAKTION

Dsz



steer 6



Hessisches Landesmuseum Darmstadt

**Darmstadt - eine Stadt
der Wissenschaften und der Künste**